

DIE GEMEINDEARBEIT

Vorbemerkung:

In der Debatte, die wir sowohl mit den verschiedenen Organisationen der extremen Linken als auch mit den Organisationen des "stalinistisch-reformistischen" Flügels (PdA, POCH, KPI-Schweiz, KPE-Schweiz) führen, ist die Frage der Gewerkschaftsarbeit eines der zentralen Themen.

Unter den obgenannten Organisationen hat sich seit 1972 eine ziemlich wichtige Entwicklung vollzogen... Wenn auch heute noch viele "Grüppchen" eine prinzipiell antigewerkschaftliche Haltung einnehmen, so ist diese Haltung doch oft verwässert worden. So nimmt Rupture - in der Folge der im März 73 von Lotta Continua vollzogenen Wendung bezüglich der Gewerkschaften (L.C. betont einerseits, dass die Gewerkschaften "Parallelinstitutionen des Staates" seien und andererseits, dass sie "die vorherrschende nationale Organisationsform der Klasse darstellen") - eine zweideutige Haltung ein, die sich dadurch konkretisiert, dass Rupture einerseits verbal auf eine prinzipiell antigewerkschaftliche Position verzichtet und sogar eine gewisse Nachläuferpolitik gegenüber der äusserst beschränkten Wendung der Bürokratie (in Genf und Lausanne) verfolgt, und andererseits gleichzeitig das CAS als "Massenorganisation" (als defacto Alternative zur Gewerkschaft) in den Vordergrund stellt! Die Richtung CLP-RAZ entwickelt eine opportunistische Praxis, die sich im Wesentlichen darauf beschränkt, heute eine Präsenz in der Gewerkschaft zu propagieren, um dort Sympathisanten zu rekrutieren (auf einer mehr als konfusen Basis) und in "Arbeitereinheitskomitees" zu sammeln, die man als "autonome Massenorganisation" hinstellt und die in Tat und Wahrheit Empfangsstrukturen dieser Organisationen darstellen oder Organe, die auf der Ebene eines Betriebes die Rolle einer "roten Minigewerkschaft" spielen könnten. Aber sie stellen keinesfalls eine Alternative zu den Gewerkschaften dar. Die wichtigste Änderung, die sich in der zweiten Hälfte 72 abgezeichnet hat, besteht in der Wichtigkeit, die heute die KPI-Schweiz (und in beschränkterem Mass auch die KPE-Schweiz), die POCH und die PdA der Gewerkschaftsarbeit beimessen. Diese Wendung der mit der PdA und der POCH verbundenen Emigrant*innenorganisationen verändert die Perspektiven der Gewerkschaftsarbeit und setzt die Notwendigkeit, in verschiedenen Bereichen unsere konkrete Alternative zur Politik und zu den Manövern der Gewerkschaftsbürokratie zu präzisieren, auf die Tagesordnung. Fügt man den Eintritt dieser KP's der Immigration in die Gewerkschaften die neue Taktik gewisser noch beschränkter Sektoren der Bürokratie hinzu, die immigrierten Arbeiter und die ersten Forderungsbewegungen unter Kontrolle zu bringen (cf. SBHV, SMUV-Genf), so ist es offensichtlich, dass sowohl unserer Propaganda- und Erklärungsarbeit, als auch unserer ursprünglichen "Agitationsarbeit" eine immer grössere Wichtigkeit zukommen wird.

Deshalb besitzt dieser Text eine doppelte Funktion: Einerseits soll er einen raschen Ueberblick über unsere grundsätzlichen Positionen bezüglich den Gewerkschaften geben (dies ist angesichts der "Jugend" unserer Organisation nötig), andererseits soll er die zentralen Axen unserer Arbeit in der gegenwärtigen Phase bestimmen.

I. Einige Prinzipien und Einwände

Wir definieren unsere Position über die Gewerkschaften nicht aufgrund irgendeines "abstrakten Dogmatismus". Der Ausgangspunkt all unserer Positionen ist folgender: Im Rahmen des kapitalistischen System ist die gewerkschaftliche Organisation ein unerlässliches Instrument für die Verteidigung der Arbeitskraft und der Lebensbedingungen der Arbeiter; wenn die gewerkschaftliche Organisation nicht mehr bestehen würde, so sähe sich die Arbeiterklasse auf die primitivsten Stufen des Klassenkampfes zurückversetzt. (Siehe die Zerstörung der Gewerkschaften durch die faschistischen Regimes) Gramsci definierte in "Ordine nuovo" die Gewerkschaften als "eine spezifisch proletarische Organisationsform während einer Zeitspanne, in der das Kapital die Geschichte beherrscht... als einen integrierenden Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft, dessen Funktion dem Regime des Privateigentums inhärent ist." Grundsätzlich kann man nur eine einzige andere Position einnehmen, die auch von gewissen spontaneistischen Richtungen angenommen worden ist. Sie lautet folgendermassen: Das gewerkschaftliche Instrument ist als solches überholt. Vertritt man aber eine solche Position, so muss man dieses "Überholtsein" konkret aufzeigen und beweisen; und dies in einer sozialen Ordnung, die die Arbeiter zwingt, ihre Arbeitskraft einer Klasse zu verkaufen, die das Monopol an Produktionsmitteln innehat... Es ist eine Sache, ausgehend von einer Analyse der konkreten Wirklichkeit, das "Überholtsein" der Gewerkschaft zu beweisen; eine ganz andere Sache ist es jedoch, impressionistische Schlussfolgerungen aus einer konjunkturellen Situation explosiven Aufschwungs der Kämpfe zu ziehen (cf. Italien).

Der Ausgangspunkt unserer Position muss sich also auf der Ebene der objektiven Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit situieren und nicht auf der Ebene der heute von der Gewerkschaftsbürokratie eingeschlagenen Politik. Diejenigen Strömungen, welche in der gewerkschaftlichen Organisation ein Instrument sehen, das unvermeidlich integrierend wirkt, verwechseln die Rolle, die die Gewerkschaften in einem bestimmten Kontext spielen können, mit ihrer Natur. In Wirklichkeit verstehen diese Strömungen weder die Ursachen der Politik der Gewerkschaftsbürokratie noch die eigentliche Rolle der Gewerkschaften in der Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit (oder ziehen daraus nicht die Konsequenzen). Indem wir auf die Analyse der Klassenbeziehungen im kapitalistischen System bezugnehmen, können wir im wesentlichen unsere Positionen über die Gewerkschaften entwickeln.

1) Der Ursprung der Gewerkschaften zur Zeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz betont ihre Rolle als ein Instrument zur Bekämpfung der Atomisierung der Arbeiterklasse (Konkurrenz innerhalb der Klasse selbst, zwischen den Verkäufern der Arbeitskraft) und der institutionalisierten Ungleichheit zwischen den Verkäufern der Arbeitskraft (die von den Produktionsmitteln getrennt sind und sie nicht erwerben können) und den Käufern der Arbeitskraft. Die Gewerkschaft muss es also ermöglichen, dass die Arbeiter ihre Arbeitskraft zu ihrem Wert und nicht zu einem Preis unter ihrem Wert verkaufen können. Die Arbeitskraft unterliegt wie jede Ware jedoch dem Wertgesetz. Der Wert der Arbeitskraft kann sich also verringern. In der Tat weist die Produktivitätssteigerung der Arbeit die Tendenz auf, den Wert der Waren zu senken, welche die elementaren Bedürfnisse der Arbeiter befriedigen und so den Wert der Arbeitskraft zu vermindern. Die Organisation der Arbeiter, die ebenfalls das Resultat des Wachstums des kapitalistischen Systems darstellt, wirkt als Gegentendenz, indem sie den elementaren Bedürfnissen eine Reihe neuer, historisch bedingter Bedürfnisse einverleiht und so den Wert der Arbeitskraft erhöht. Dies hebt Rosa Luxemburg hervor, wenn sie schreibt: "Die Hauptfunktion der Gewerkschaften besteht darin, dass sie durch die Erhöhung der Bedürfnisse der Arbeiter, durch ihre sittliche Erhebung an Stelle des physischen Existenzminimums erst das kulturelle gesellschaftliche Existenzminimum, d. h. eine bestimmte kulturelle Lebenshaltung der Arbeiter schaffen, unter welche die Löhne nicht herabgehen können, ohne sofort einen Kampf der Koalition, eine Abwehr hervorzurufen. Darin liegt namentlich auch die grosse ökonomische Bedeutung der Sozialdemokratie, dass sie durch die geistige und politische Aufrüstung der breiten Massen der Arbeiter ihr kulturelles Niveau und dadurch ihre ökonomischen Bedürfnisse erhöht... Die Gewerkschaft spielt also eine unentbehrliche organische Rolle bei dem modernen Lohnsystem. Erst durch die Gewerkschaft wird nämlich die Arbeitskraft als Ware in die Lage versetzt, zu ihrem Wert verkauft zu werden."

(Einführung in die Nationalökonomie, S. 179 f.; vorw. 268) Ausserdem intervenieren die Gewerkschaften auf dem "Arbeitsmarkt" und "helfen in jedem Augenblick die Marktlage für sich (die Gewerkschaften) aus." (Rosa). Der Preis der Arbeitskraft, der um den Wert herum schwankt, ist nämlich in erster Linie abhängig von den Verhältnissen zwischen Angebot und Nachfrage der Arbeitskraft; dies schwankt je nach Konjunkturlage (d. h. gemäss der Verbreitung der Arbeitslosigkeit). Es bestehen aber auch Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft auf lange Sicht; Beziehungen, die bestimmt sind durch die Verbindungen, die zwischen dem Wachstum der Industrialisierung (d. h. also der Nachfrage nach Arbeitern) und der Verproletarisierung von Bevölkerungsschichten bestehen. Seit dem zweiten Weltkrieg hat die langfristige Wachstumsperiode des Kapitalismus in der Schweiz beispielsweise eine tatsächliche Spannung zwischen Nachfrage und Angebot der Arbeitskraft ergeben, eine Spannung, die durch die Einführung ausländischer Arbeitskräfte vermindert wurde. Sie hat sich dennoch für breite Schichten von Schweizer Arbeitern (und auch ausländischen) in einer Erhöhung des Preises ihrer Arbeitskraft ausgedrückt.

Schon Marx hob die Rolle der Gewerkschaften in einem solchen Kontext hervor: "Andererseits bildet der Wert des Arbeitsvermögens die bewusste und ausgesprochene Grundlage der Trades-Unions, deren Wichtigkeit für die englische Arbeiterklasse kaum überschätzt werden kann. Die Trades-Unions bezwecken nichts anderes

als das Sinken des Niveaus des Arbeitslohns unter seine traditionell in verschiedenen Geschäftszweigen gegebene Höhe zu verhindern, das Herunterdrücken des Preises des Arbeitsvermögens unter seinen Wert. Sie wissen natürlich, dass ein Wechsel im Verhältnis der Nachfrage und Zufuhr einen Wechsel im Marktpreis hervorbringt. Einerseits aber ist das Eintreten eines solchen Wechsels sehr verschieden von der einseitigen Behauptung des Käufers, in diesem Falle des Kapitalisten, dass solcher Wechsel eingetreten ist. Andererseits existiert ein grosser Unterschied zwischen der durch Nachfrage und Zufuhr bestimmten Höhe des Arbeitslohns, d. h. der Höhe, welche die öhrliche Operation des Warenaustausches ergibt, wenn Käufer und Verkäufer auf gleichem Fusse verhandeln, und der Höhe des Arbeitslohnes, die der Verkäufer, der Arbeiter, sich gefallen lassen muss, wenn der Kapitalist mit jedem Mann einzeln verhandelt und eine Herabdrückung durch Exploitation der zufälligen Not einzelner Arbeiter (die unabhängig von dem allgemeinen Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr) diktiert." (Karl Marx, Kapital, 1. Buch, 6. Kapitel, Archiv soz. Literatur 17, Verlag Neue Kritik, Frankfurt, S. 119).

Wir haben, wenn auch nur kurz, einige allgemeine Aspekte hervorgehoben, weil die prinzipiell antigewerkschaftlichen Einwände teilweise auf einer Unkenntnis dieser fundamentalen Gegebenheiten beruhen. Diese Unkenntnis hat eine objektive Basis: Die Periode des Wachstums des Kapitalismus seit Beginn der 50er Jahre, was sehr günstige Verhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage zur Folge hatte (seit Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre) und im Sinne einer Erhöhung des Preises der Arbeitskraft wirkte. Viele prinzipiell antigewerkschaftliche Theorien basieren auf einer oberflächlichen und übertriebenen Verallgemeinerung der Konsequenzen auf der Lohnenebene einer Periode ausserordentlichen Wachstums des Kapitalismus. Deshalb erscheinen vielen die Gewerkschaften wesentlich unnütz und überflüssig; dies umso mehr, angesichts der Politik der Gewerkschaftsbürokraten.

Abschliessend muss hervorgehoben werden, dass das Kapital ununterbrochen die Errungenschaften des ökonomischen Kampfes in Frage stellt. Der "ökonomische Kampf", der Gewerkschaftskampf, schliesst eine andauernde Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Infragestellung der Errungenschaften in sich, er stellt, wie Rosa es nennt, eine Sisyphusarbeit dar. Beschränkt man sich auf diese "Arbeit", so impliziert dies offensichtlich nicht nur einen Verzicht auf den Kampf für die Emanzipation der Arbeiter, sondern bewirkt auch eine langsame Verminderung der Verteidigungsfähigkeit selbst, von dem Augenblick an, wo (angesichts der Krise des Systems) der reformistische Spielraum enger wird. Aber diese Feststellung und Kritik will nicht besagen, dass die Rolle der Gewerkschaft innerhalb des ökonomischen Kampfes nicht existiere oder völlig zu leugnen sei (man vergleiche nur die Lohnunterschiede in der englischen Automobilindustrie zwischen gleichqualifizierten Arbeitern in Betrieben mit Gewerkschafts- und in Betrieben mit geringerer Gewerkschaftsvertretung: der Unterschied kann bis zu 30% betragen).

- 2) Befürwortet man die Notwendigkeit der Gewerkschaft in dem Sinne, als sie angesichts der Verhältnisse Kapital-Arbeit als notwendige proletarische Organisation erscheint - so wäre es falsch zu glauben, dass dies einen Bruch zwischen ökonomischen und politischen Kampf bedeutet. Diejenigen, welche nicht eine prinzipiell antigewerkschaftliche Position entwickeln, sind keineswegs Befürworter eines Bruches zwischen politischem und ökonomischen Kampf, wie dies einige politische Analphabeten schreiben oder schon geschrieben haben.

In Wirklichkeit zeigt die Geschichte klar, - angesichts der Trivialität dieser Frage wollen wir uns nicht zu lange dabei aufhalten - dass es keinen Bruch zwischen ökonomischen und politischen Kämpfen gibt; dies gilt umso mehr für die Epoche des Spätkapitalismus. Wir begnügen uns hier mit einem Zitat aus der Resolution des 2. Kongresses der Komintern: "In einer Epoche, in welcher der Kapitalismus zerfällt, verwandelt sich der ökonomische Kampf des Proletariats viel schneller in einen politischen Kampf als während der Epoche, in welcher sich der Kapitalismus friedlich entwickelt. Jeder bedeutende ökonomische Konflikt kann für die Arbeiter die Frage der Revolution stellen. Es ist deshalb die Aufgabe der Kommunisten, den Arbeitern in jeder Phase des ökonomischen Kampfes klarzumachen, dass dieser Kampf nur dann von Erfolg gekrönt sein wird, wenn die Arbeiterklasse die Kapitalistenklasse besiegt und, nach Errichtung ihrer Diktatur, den sozialistischen Aufbau des Landes an die Hand nimmt." (Resolution über die Gewerkschaftsbewegung, die Fabrik- und Betriebskomitees).

Die gesamte Praktik der Einkommenspolitik, der Integration der Gewerkschaftsapparate in die Politik der "sozialen Programmierung" setzt übrigens, in immer verstärkterem Mass, die enge Verbindung zwischen ökonomischem und politischem Kampf auf die Tagesordnung. Jegliche Entwicklung der Kämpfe seit den Jahren 1960/61, und noch offensichtlicher seit 1968, kann hierfür als unwiderlegbarer Beweis herbeigezogen werden.

Wenn wir behaupten, es gäbe keinen Bruch zwischen ökonomischen und politischen Kämpfen, so will das ganz klar besagen, dass wir uns allen Konzeptionen widersetzen, die versuchen, die Aktionen der Gewerkschaften auf blosser Sofortforderungen zu beschränken; eine ultrarechte und opportunistische Konzeption, welche von den Gewerkschaftsbürokratien und den "stalinistischen" Strömungen entwickelt wurde. Auch wenn wir behaupten, es gäbe keinen Bruch zwischen ökonomischen und politischen Kämpfen, so will das nicht heissen, dass es nicht verschiedene Ebenen gibt, auf denen sich die Kämpfe entwickeln. In Wirklichkeit existiert keine lineare Entwicklung von Kämpfen und ein automatischer Uebergang der elementaren zu revolutionären Kämpfen (im Sinn von Kämpfen um die Macht). Dieser Uebergang ist in gewissen Momenten und unter gewissen objektiven und subjektiven Bedingungen möglich (Krise der Produktionsverhältnisse, Lähmung und Auflösungserscheinungen der herrschenden Klassen, wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter, Vertrauen in ihre Kräfte und Verständnis dafür, dass es keinen graduellen Uebergang vom kapitalistischen zum sozialistischen System gibt, und dass in diesem Augenblick die direkte Aktion notwendig ist, Fähigkeit der Führung der revolutionären Partei etc.). Während ganzer Perioden dominiert für die grosse Masse der Arbeiter der Kampf gegen die Unterdrückung und die Ausbeutung der Kapitalisten; daraus erscheint die Notwendigkeit einer Massenorganisation (in Verbindung mit der Bewusstseins-ebene der Arbeiter, und geformt durch diese Realität des Kampfes für ökonomische Forderungen). Eine Massenorganisation ist jedoch gerade eine Organisation, die fähig ist, die ökonomischen Forderungen der breiten Arbeiterklasse zu interpretieren; in diesem Sinne handelt eine Klassengewerkschaft.

Lukacs sagte: "Das Klassenbewusstsein des Proletariats entwickelt sich nicht parallel zur objektiven ökonomischen Krise, in einer geraden Linie und homogen; grosse Teile der Arbeiterklasse verbleiben intellektuell unter dem Einfluss der Bourgeoisie, und auch die grösste ökonomische Krise bringt sie nicht davon ab". (Geschichte und Klassenbewusstsein, S. 343).

Dies erlaubt uns auch zu verstehen, dass selbst wenn die Unternehmer nicht unzufrieden sind, Gewerkschaften zu sehen, die fähig sind, das Ueberborden zu kontrollieren, das nicht bedeutet, dass die Unternehmer es sind, welche die Arbeiter manipulieren, welche den Gewerkschaften beitreten, oder dass der Beitritt einzig die Folge des Linksoportunismus der Bürokratie sei, sondern dass die Beitritte aus der objektiven Rolle der Gewerkschaft (Verteidigungsorgan) und dem Bewusstseinsbildungsprozess der Arbeiter resultieren (cf. Italien seit 69).

Dies hat für unsere Gewerkschaftsarbeit unmittelbare Konsequenzen. Wenn ziemlich breite Kämpfe ausbrechen, ist es nicht ausgeschlossen (es ist sogar sehr wahrscheinlich), dass die Gewerkschaftsbürokratie eine Wendung vollzieht. In Anbetracht des Bewusstseinsstandes und der objektiven Rolle, die eine Gewerkschaft besitzen kann (sie erscheint in den Augen der Arbeiter als ein mehr oder weniger adäquates Verteidigungsinstrument), ist es offensichtlich, dass in solchen Perioden die Gewerkschaften wieder "anschwellen". Es ist klar, dass wir eine Organisation, die zehntausende von Arbeitern umfasst, nicht völlig in den Händen der Gewerkschaftsbürokraten lassen werden. Wir lehnen es ab, als Alternative zu den Gewerkschaften Gruppierungen anzubieten, die objektiv unfähig sind, eine konstante und verallgemeinerte Aktion zu entwickeln. Diese Gruppierungen, die entweder Vereinigungen von Arbeitern, die mit einer Organisation sympathisieren, oder "rote Minigewerkschaften" darstellen, sind unfähig, den ökonomischen Forderungen des grossen Teils der Arbeiterklasse Ausdruck zu verleihen. Für uns kann es sich nicht darum handeln, bezüglich Gewerkschaftsleitungen eine Substitutsrolle zu spielen, oder ausserhalb einer wirklichen Massenarbeit, einen antirevisionistischen Kampf zu entwickeln, den man von den Massen "tragen" zu lassen versucht. Durch die Entwicklung einer Arbeit, die wirklich die Verteidigung der Arbeiter erlaubt, müssen wir in den Gewerkschaften intervenieren und versuchen, allmählich kritische Arbeiteraktivisten zu sammeln, die - im Falle eines Ausbruchs von Kämpfen - sich nicht nur auf diejenigen Arbeiter beschränken, die Mitglieder oder Sympathisanten der revolutionären Organisationen sind. Das will nicht heissen, dass wir auf eine autonome Arbeit der revolutionären Organisation inner- und ausserhalb der Betriebe oder auf eine Politik der Vereinigung der politisiertesten und fortgeschrittensten Arbeiter verzichten, um den Ausbruch von elementaren Kämpfen zu stimulieren, ohne die nicht einmal die Bedingungen für deren Ueberwindung existieren werden! (was die Ultralinken vergessen, welche die BBC mit der Fiat-Mirafiori verwechseln!)

Es muss hervorgehoben werden, dass wenn die Gewerkschaften überhaupt nicht auf die Probleme antworten, die sich breite Arbeiterschichten stellen, Organe entstehen können, die defacto als Gewerkschaftssubstitute funktionieren. In solchen Fällen muss man diese Initiativen unterstützen, sie jedoch nicht als eine Alternative zur Massenorganisation (wie dies die Gewerkschaft darstellt) präsentieren. Gewiss sind diese Organe, in Anbetracht der Lage, fähig, gewisse Funktionen zur Verteidigung der Arbeiter zu erfüllen; deren Grenzen als Verteidigungsorgane für breite Schichten von Arbeitern sind jedoch offensichtlich. Keinesfalls stellen solche Organe eine Ueberwindung der Gewerkschaft als solche dar. In den allermeisten Fällen drückt das Erscheinen solcher Organe in der heutigen Situation das Fehlen von Gewerkschaften aus, die fähig sind, den elementaren Bedürfnissen der Arbeiter Ausdruck zu verleihen. Falls solche Gruppierungen (interbetriebliches Komitee MFO, Arbeitergruppe Monteforno) für den Ausbruch und die Entwicklung von Kämpfengeeignet sind, müssen wir sie unterstützen; wir dürfen jedoch nicht deren Natur und Funktion mystifizieren.

3) Rosa, wie übrigens auch Marx und Engels, warf den Gewerkschaften im wesentlichen vor, sie könnten sich nicht darauf beschränken, nur für den Verkauf der Arbeitskraft zum "besten Preis" zu kämpfen und nie aus diesem Teufelskreis herauszutreten. Engels sagte: "Der Augenblick naht, an dem die Arbeiterklasse begreift, dass der Kampf für hohe Löhne und kürzere Arbeitszeit - worauf sich im heutigen Zeitpunkt jede Aktion beschränkt - an sich kein Ziel ist, sondern nur ein gewiss sehr notwendiges und wirksames, aber doch nur ein Mittel unter vielen anderen in Richtung auf ein qualitativ höheres Ziel: die Abschaffung der Lohnarbeit." (Marx-Engels, "Der Syndikalismus").

Mit anderen Worten: der ökonomische Kampf ist in seiner letzten Phase objektiv ein politischer Kampf, denn er ist ein Klassenkampf. D.h., die Gewerkschaft muss, mit ihren Methoden und entsprechend ihrer Eigenschaft, an den politischen Kämpfen teilnehmen, die Massen mobilisieren und dabei das Endziel nicht aus den Augen lassen: die Abschaffung des Verkaufs der Arbeitskraft.

Das zeigt bereits, dass hier die Frage der Beziehung zwischen der revolutionären Partei und der Gewerkschaft aufgeworfen werden muss. Wir werden hier nicht die Frage der "Gewerkschaftsneutralität", die Frage der "gleichberechtigten" Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft behandeln; wir verweisen hierfür auf das 8. Kapitel "Massenstreiks, Partei und Gewerkschaft" von Rosa Luxemburg. Diese Beziehung muss in den Rahmen der historischen Krise des Kapitalismus seit dem 1. Weltkrieg gestellt werden, in der Periode des globalen Niedergangs des Kapitalismus - dies manifestiert sich in verstärkter Masse seit dem Ende der Periode des beschleunigten Wachstums, seit 67/68 - verringert sich der reformistische Spielraum immer mehr und alle ökonomischen Kämpfe, selbst Teilkämpfe, nehmen eine politische Dimension an, was eine Konfrontation auf verschiedenen Ebenen mit dem Staatsapparat zur Folge hat. Rosa Luxemburg hob schon hervor, dass der "ökonomische Kampf das Fortleitende von einem politischen Knoten zum andern ist, der politische Kampf ist die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf" (R. Luxemburg, "Politische Schriften", Reclam, S. 173)

Auf dem 3. Kongress der Kommunistischen Internationale, in den "Thesen über die Taktik", wurde dieser Aspekt der Forderungskämpfe in der Periode der Aktualität der Revolution vollständig charakterisiert: "Jede Teilaktion, die von den arbeitenden Massen zwecks Erreichung einer Teilforderung unternommen wird, jeder ernstere ökonomische Streik mobilisiert zugleich die ganze Bourgeoisie, die als Klasse sich zur Seite der bedrohten Teile der Unternehmer stellt, um jeden, auch um teilweisen Sieg des Proletariats unmöglich zu machen... Die Bourgeoisie mobilisiert auch ihre ganze Staatsmaschine zum Kampf gegen die Arbeiter... Die Arbeiter, die um ihre Teilforderungen kämpfen, werden automatisch zum Kampf mit der ganzen Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat gezwungen. In dem Masse, wie die Kämpfe um Teilforderungen, wie die Teilkämpfe einzelner Gruppen der Arbeiter sich auswachsen zum allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus, hat die Kommunistische Partei auch ihre Losungen zu steigern, zu verallgemeinern bis zur Losung der direkten Niederwerfung des Gegners."

Die Aktualität dieser Aussagen hat noch an Bedeutung gewonnen. Ausgehend von den strukturellen Änderungen auf ökonomischer Ebene, hat die Bourgeoisie seit Mitte der 50er Jahre (Gaullismus 1958) einen "starken Staat" eingesetzt, oder einzusetzen versucht, der es ermöglicht, die Zentralisierung der politischen Macht

mit der Konzentration im ökonomischen Bereich in Einklang zu bringen. Dieser Versuch, das Funktionieren des Staates den Bedürfnissen der Monopole (stabile, technokratische Exekutive, indikative ökonomische Programmierung, etc.) anzupassen, äussert sich gegenüber der Arbeiterklasse in der Absicht,

- den Raum der gewerkschaftlichen Organisationen durch deren Integration in den bürgerlichen Staatsapparat und durch deren Bindung mittels "Einkommenspolitik" auf ein Minimum zu beschränken;
- wiederum eine Reservearmee zu schaffen, den Arbeitsmarkt zu "entspannen" mittels Beschleunigung der Umstrukturierung, deflationären Massnahmen usw.

Diese Tendenz hatte Trotzki schon 1940 in seinem Text "Les syndicats à l'époque de la décadence impérialiste" ("Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs") hervorgehoben: "Im gegenwärtigen Zeitraum können die Gewerkschaften nicht einfache Organe der Demokratie sein wie zur Zeit des Konkurrenzkapitalismus, und sie können politisch nicht länger neutral bleiben, d. h. sich auf die Verteidigung der Tagesinteressen der Arbeiterklasse beschränken. Sie können nicht länger anarchistisch sein, d. h. den entscheidenden Einfluss des Staates auf das Leben der Völker und Klassen ignorieren. Sie können nicht länger reformistisch sein, weil die objektiven Bedingungen keine ernsthaften und dauernden Reformen mehr zulassen. Die Gewerkschaften unserer Epoche können entweder als sekundäre Instrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen und zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder im Gegenteil zum Instrument der revolutionären Bewegung des Proletariats werden. Die Gewerkschaftsneutralität ist eine voll und ganz überholte Sache und mit der freien "bürgerlichen Demokratie" gestorben." (Trotzki, "Classe ouvrière, parti et syndicat", Classique Rouge, S. 61)

Man sieht folglich, dass die Frage der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft von der Stellung her gestellt wird, welche die gewerkschaftliche Organisation im System des Imperialismus in Krise einnehmen kann. Ohne Verbindung mit der revolutionären Partei tendiert die gewerkschaftliche Organisation dazu, ein "sekundäres Instrument des imperialistischen Kapitalismus" zu werden. In diesem Prozess erblicken wir übrigens keine Erscheinung, die nur der Gewerkschaft eigen ist und die an die eigentliche Natur der Gewerkschaft gebunden ist. Der Integrationsprozess, den die Gewerkschaftsbewegung durchgemacht hat und noch durchmacht, ist kein isolierter Prozess oder ein Prozess in Verbindung mit weiss nicht was für einer Besonderheit der Gewerkschaft; er ist ein Aspekt der allgemeinen Degenerationserscheinung der Arbeiterbewegung in Westeuropa. Lenin und die Kommunistische Internationale, legten das Gewicht auf diese Frage und isolierten keineswegs die Wurzeln der gewerkschaftlichen Degeneration von den Ursachen der sozial demokratischen Degeneration.

'Aus denselben Gründen, denen zufolge die internationale Sozialdemokratie sich mit geringen Ausnahmen nicht als Werkzeuge des revolutionären Kampfes des Proletariats am Sturz des Kapitalismus, sondern als eine Organisation erwies, die das Proletariat im Interesse der Bourgeoisie von der Revolution zurückhält, erwiesen sich die Gewerkschaften während des Krieges in den meisten Fällen als Teil der Kriegsapparate der Bourgeoisie und halfen diesen, aus der Arbeiterklasse möglichst viel Schweiss herauszupressen, zwecks möglichst energischer Kriegsführung für die Interessen des kapitalistischen Gewinns" (2. Kongress, Leitsätze über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die III. Internationale).

Es ist in dieser Hinsicht sehr bezeichnend, dass die Wendungen der Gewerkschaften zu ultra-kollaborationistischen Positionen nach der Kampfperiode, die dem 1. Weltkrieg folgte, notwendigerweise zum Ausschluss von Opponenten, die sich dem reformistischen Zug widersetzen, führte. (Ausschluss von Militanten der KPS 1928: die Ausschlussmassnahmen hatten schon 1923-24 begonnen.)

Man kann also feststellen, dass die Inexistenz eines wirklichen reformistischen Spielraums (ähnlich demjenigen im 19. Jahrhundert) jeglichen reformistischen Plan mehr oder weniger zum Scheitern verurteilt. Dies bedeutet, dass jede reformistische Politik, jede Politik, die sich auf einen Kampf für Tagesforderungen beschränkt, zwangsläufig zu einer gewissen Integration der Gewerkschaften in den bürgerlichen Staatsapparat führt. Es ist nicht die Natur oder die Struktur der Gewerkschaft, die unvermeidlich zu diesem Resultat führt, sondern die Grenzen jeglicher reformistischer Politik. (Gewiss, man kann nicht leugnen, dass die eigentliche Funktion der Gewerkschaften als "Organisator" des Verkaufs der Arbeitskraft die Tendenzen zur Degenerierung erleichtert; dies ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit der Gewerkschaft. Diese Rolle ist zudem widersprüchlich und kann die Gewerkschaften, unter dem Druck ihrer Mitglieder, auch zu gewissen Konfrontationen mit dem bürgerlichen Staat führen; cf. englisches Beispiel)

Folglich ist es nicht unsere Aufgabe, gegen die Gewerkschaften zu kämpfen, sondern gegen die Kollaborationspolitik der reformistischen Führungen. (Unter Punkt 1 und 2 haben wir zur Genüge die Rolle der Gewerkschaften als Verteidigungsinstrumente der Arbeiter hervorgehoben, als dass wir nochmals darauf eingehen müssten. Um unsere Position jedoch noch besser zu umreißen, vor allem gegenüber den bei den schweizerischen "extremen Linken" verbreiteten prinzipiell antigewerkschaftlichen Positionen, genügt es auf den Unterschied zwischen einer atomisierten, zerschlagenen und unartikulierten Arbeiterklasse ohne Verteidigungsorgane (cf. Faschismus) und einer von reformistischen Organisationen beherrschten Arbeiterklasse hinzuweisen).

Ausgehend vom Gesagten tritt das Problem der Bindung zwischen Gewerkschaft und revolutionärer Partei besser hervor. Die ideologische Unabhängigkeit, die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber dem Staat und seinen Parteien ist nur möglich - in bezug auf den von uns beschriebenen Zusammenhang -, wenn man von den engsten ideologischen Bindungen zur revolutionären Partei ausgeht. Die Beziehung zwischen revolutionärer Partei und Gewerkschaften ist als Beziehung zu verstehen, die sich auf politische Bindungen gründet, auf strategische Bindungen, auf die Fähigkeit, klare politische Perspektiven anzubieten (vgl. unsere Texte über die leninistische Organisationstheorie); diese Beziehung gründet jedoch auch auf der organisatorischen Autonomie der Gewerkschaft. Das drückt übrigens sehr gut die Konzeption der Beziehung zwischen den Massen und der Partei aus (ausgehend vom Verständnis des Entwicklungsprozesses des Klassenbewusstseins).

Um diesen dritten Punkt zu beenden, muss betont werden, dass, wenn die Gewerkschaft an den Massenmobilisierungen teilnehmen muss, sie in den Perioden der grossen Offensiven der Arbeiterklasse, während den revolutionären Perioden, nichts desto weniger in den Hintergrund rückt und die Organisationen sowjetischen Typs oder sowjetischer Tendenz in den Vordergrund treten.

Dies findet seine Ursache darin, dass sich den Massen neue Aufgaben stellen, brechen die Massen auf die politische Szene, so stellt sich die Frage der Macht und der Organe der Doppelherrschaft und der Machtergreifung.

Die Wichtigkeit (im Verhältnis zur Gewerkschaft als solchen) von Organen sowjetischer Tendenz kann klar zu Tage treten, wenn ein massiver Anstieg von Arbeiterkämpfen zu verzeichnen ist. So waren in Italien, während der Periode 1969-70 die Delegiertenräte der höchste Ausdruck eines antikapitalistischen und antibürokratischen Bewusstseins der Bewegung und embryonale Elemente der Doppelherrschaft. In solchen Momenten gilt es, alle Möglichkeiten dieser Organe voranzutreiben und zu verhindern, dass die Bürokratie aus ihnen wesentlich Vertretungsorgane der Gewerkschaft macht. Dies ist auch der Augenblick, um die Arbeiterklasse zu vereinen, die Kampfbewegung zu vertiefen und eine Situation der Doppelherrschaft voranzutreiben; in dieser Perspektive entwickeln wir die Notwendigkeit von demokratisch gewählten "Streikkomitees" usw. Das will jedoch nicht heissen, dass die eigentliche Gewerkschaftsarbeit zu vernachlässigen sei; je nach Situation muss man das Gewicht entweder auf den einen oder anderen... Aspekt verlegen. (vgl. die Wichtigkeit der Delegiertenräte in Italien 69-70).

- 4) Schliesslich ist es für die revolutionären Marxisten - ausgehend von allem, was wir gesehen haben - wesentlich, in den Gewerkschaften zu kämpfen. Der 2. Kongress der Kommunistischen Internationale bestätigte 1920: "Die wichtigste Aufgabe einer wirklich kommunistischen Partei ist die stete Aufrechterhaltung von Kontakten mit den breitesten proletarischen Organisationen. (...) Die Kommunisten betrachten als ihre wichtigste Aufgabe eine systematische Erziehungs- und Organisationsarbeit im Innern der Gewerkschaften."

Und Lenin versichert in der berühmten, der Arbeit in den Gewerkschaften gewidmeten Passage, seiner "Kinderkrankheit des Kommunismus": "Doch der Kampf gegen die "Arbeiteraristokratie" führen wir im Namen der Arbeitermassen und um sie für uns zu gewinnen; den Kampf gegen die opportunistischen und sozialchauvinistischen Führer führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen. Diese höchst elementare und ganz augenfällige Wahrheit zu vergessen wäre eine Dummheit. Und gerade diese Dummheit begehen die "linken" deutschen Kommunisten, die aus der Tatsache, dass die Spitzen der Gewerkschaften reaktionär und konterrevolutionär sind, den Schluss ziehen, dass man... aus den Gewerkschaften austreten!;, die Arbeit in den Gewerkschaften ablehnen!! und neue, ausgeklügelte Formen von Arbeiterorganisationen schaffen müsse!;. Das ist eine so unverzeihliche Dummheit, dass sie dem grössten Verdienst gleichkommt, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können. Denn unsere Menschewiki sind wie alle opportunistischen, sozialchauvinistischen und kautskyanischen Führer der Gewerkschaften nichts anderes als "Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung" (was wir immer von den Menschewiki gesagt haben) oder, nach dem ausgezeichneten und zutiefst wahren Ausdruck der Anhänger Daniel de Leons in Amerika, "Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse" (labor lieutenants of the capitalist class). Nicht in den reaktionären Gewerkschaften

arbeiten heisst, die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluss der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der "verbürgerten Arbeiter" (...) überlassen." (Lenin, Werke, Bd. 31, S. 37-38)

Gewiss genügt es nicht, "Texte" zu zitieren, um auf die sich uns stellenden Probleme zu antworten oder um die Tatsache zu rechtfertigen, dass wir das Prinzip der Arbeit in den Gewerkschaften als erstrangig einstufen. Aber nichtsdestoweniger erlauben diese Texte - die übrigens der Notwendigkeit entsprangen, konkrete Antworten auf die Probleme der Einflussnahme auf die Massen zu finden, welche sich die kommunistischen Parteien bei ihrer Gründung stellten -, die Fragen zu orten, und sie vermeiden die Auslösung einer Debatte, in der die Begriffe derart verdunkelt und schlecht definiert sind, dass alle Opportunismen möglich sind.

Wir greifen nur einige Probleme heraus, die im Zusammenhang stehen mit unseren aktuellen Aufgaben, die wir im dritten Kapitel dieses Textes konkret behandeln werden.

Vorerst werden wir - immer noch auf der Ebene der Prinzipien, (die eindeutige Bestätigung dieser Prinzipien erlaubt die konkrete Verwirklichung unserer Aufgaben mit all den dadurch bedingten Nuancen) - das Warum von Präsenz und Sammlung der Revolutionäre in der Gewerkschaft bestimmen.

Erstens - und wir betrachten die Aussage Lenins nicht als taktischen, momentbedingten Hinweis - müssen sich die Revolutionäre dort einfinden, wo die Proletarier sind.

Hier heisst es achtgeben, nicht zu schnelle Urteile über den wirklichen Einfluss der Gewerkschaftsorganisationen zu fällen. Z.B. erklärten 1969 zahlreiche Stimmen, dass die Anwesenheit von Gewerkschaften in Italien zweitrangig geworden sei, weil sich massenhafte Ueberbordungen ereigneten. Heute ist es leicht, über den Fehlschluss, den eine solche Einschätzung darstellte, Bilanz zu ziehen. Hinter diesem Typus ultralinken Charakterisierung steckt einerseits das Unverständnis der Natur der Gewerkschaftsbürokratie, ihrer Fähigkeit, nach "links" zu rücken, um die Bewegung wieder aufzufangen (eingeschlossen übrigens Organe wie die Werkstattdelegierten), und andererseits der spontaneistische Glaube, dass der Aufbau von Massenorganisationen neben den traditionellen Organisationen möglich sei. Das hiesse nichts anderes, als dass einzig die Strukturen die Arbeiterklasse gefangen halten, und dass das 'Aufstellen' neuer "Massenorganisationen" die Arbeiter von der Einflussnahme durch die traditionellen Leitungen befreien würde. Damit wird die Rolle der herrschenden Ideologie auf die Arbeiterklasse und der Funktion der traditionellen Organisationen in diesem Bereich hoffnungslos unterschätzt.

Es wäre falsch, aus der Tatsache, dass die ersten elementaren Teilkämpfe in der Schweiz sich oft ausserhalb und im Gegensatz zu den Gewerkschaften abspielen, zu folgern, der Einfluss der Gewerkschaften sei verschwunden. Ein Anstieg der Kämpfe wird auch durch eine widersprüchliche Stärkung der Gewerkschaften gekennzeichnet sein, ohne dass man die Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen der Bürokratie und einer Schicht "fortschrittlicher" Arbeiter oder den revolutionären Organisationen unterschätzen darf. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass die Gewerkschaftsbürokratie der Region Lausanne als Parole zum 1. Mai "Nein zum Lohnstopp" und der SBEV "Schweizer- und ausländische Arbeiter, gewerkschaftlich organisiert oder nicht, alle an ein Kampfmeeting für den 13. Monatslohn" herausgaben.

Dies zeigt, dass ein Wechsel in der objektiven Situation dadurch gekennzeichnet ist, dass die Gewerkschaftsführungen ihre Politik ziemlich rasch ändern, da sie nicht zum Selbstmord, d. h. zur völligen Aufgabe der Kontrolle über die Lage bereit sind. Es ist nicht unnütz, an die Veränderungen in der gewerkschaftlichen Organisation zu erinnern, die im Zusammenhang mit dem Aufschwung der Kämpfe 1905 begannen, was unter anderem die Ablehnung der politischen Neutralität auf dem Kongress von 1906 mit sich brachte. Auch das Beispiel der Dynamik der lokalen Arbeiterunionen in ihrer Beziehung zu den gewerkschaftlichen Organisationen von 1918 bis 1921 ist kennzeichnend für die Natur der Bürokratie und für den Entwicklungsprozess der Massenorganisationen.

Es scheint uns deshalb geradezu katastrophal, die Gewerkschaften aufgrund eines schnellen Urteils über ihren aktuellen "Schwächezustand" abzuschreiben, ganz zu schweigen vom Unverständnis, das diesem Urteil zugrunde liegt (siehe Punkt 1 + 2).

Zweitens werden auch aufgrund der Definition der Aufgaben der kommunistischen Militanten in bezug auf die zurückgebliebenen Teile der Klasse die Arbeit und die Neugruppierung der Revolutionäre in den Gewerkschaften ins Auge gefasst. Dazu können wir die "Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution" zitieren: "Die noch hinter Scheidemann, Gompers und Konsorten stehenden mehr oder minder bedeutenden Arbeiterkreise sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Unter gewissen historischen Verhältnissen ist es sehr wohl möglich, dass die Arbeiterklasse von sehr zahlreichen reaktionären Schichten durchsetzt ist. Die Aufgabe des Kommunismus besteht nicht in der Anpassung an diese zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, sondern darin, die gesamte Arbeiterklasse bis zum Niveau des kommunistischen Vortrupps zu heben". (Leitsätze der Kommunistischen Internationale, II. Kongress 1920, S. 9, Kübler-Verlag) Gleichzeitig wird damit die Notwendigkeit, ohne Opportunismus und Kompromisse vorzugehen, hervorgehoben - aus dem Verständnis des Unterschieds zwischen Klasse und Partei heraus.

Natürlich - muss man es wiederholen? - wird diese Behauptung (die Arbeit gegenüber den rückständigen Schichten) gestützt durch die Einsicht in die objektive Rolle der Gewerkschaft, des Entwicklungsprozesses des Bewusstseins usw. ... und durch die Notwendigkeit, dem Einfluss der Bürokratie auf breite Schichten der Klasse keinen freien Lauf zu lassen. Dies gewinnt in der Schweiz eine ganz besondere Bedeutung, betrachtet man die von der Gewerkschaftsbürokratie geführte fremdenfeindliche Politik und deren Konsequenzen für die Entwicklung von Kämpfen.

Drittens basiert die Arbeit und die Neugruppierung der Revolutionäre in den Gewerkschaften auch auf der Einsicht, dass es die Aufgabe der Kommunisten ist, die Einheit der Arbeiterklasse in den Kämpfen an der Basis zu verwirklichen - eine Einheit nicht aufgrund einer Proklamation oder der Bezeichnung eines Komitees (Einheitskomitees!), sondern aufgrund der tatsächlichen Kämpfe, des breiten Gegenschlages der Arbeiter (wie begrenzt er auch sein mag). Die gegenwärtige Situation in der Uhrenindustrie zeigt präzise die Art der Aufgaben auf, mit denen wir konfrontiert sein werden (ausserhalb eines Kampfes in einem Betrieb) und wie wichtig die Arbeit für einen einheitlichen Gegenschlag mit einem genauen Ziel ist - angesichts der "Unzufriedenheit" der Arbeiterklasse und des opportunistischen Vorgehens der Führung.

Die Arbeit in der Gewerkschaft ist natürlich nicht alles. Der Kampf gegen die Hegemonie der Gewerkschaftsbürokratie kann die Schaffung von Verbindungsorganen zwischen den Arbeitern und der politischen Avantgarde erfordern, die Organisierung militanter Arbeiter, militanter Gewerkschafter "ausserhalb" der Gewerkschaft - in folgendem Sinne: einer Arbeit in und zugleich ausserhalb der Gewerkschaft und der Oeffentlichkeit (Beispiel: Möglichkeit der Intervention einer Gruppierung von militanten Arbeitern für eine autonome Intervention unter den Arbeitern - aber ohne in irgendeiner Form die Arbeit im Innern der Gewerkschaft zu vernachlässigen).

Diese Initiativen müssen aufgrund der konkreten Analyse der Situation des Gewerkschaftsverbandes und der tatsächlichen Gruppierungsmöglichkeiten der Arbeiter entwickelt werden. Wesentlich ist aber, die effektive Rolle der gewerkschaftlichen Organisation als solcher nicht zu unterschätzen und sich ausserdem der Natur dieser Mobilisierungen bewusst zu sein, damit keine zweideutige Dynamik von "roter Gewerkschaft" und eklektischer Mobilisierung entsteht.

Wenn wir im ersten Teil dieses Textes vor allem prinzipielle Fragen behandelt haben, so deshalb, weil wir meinen, dass eine wirkliche und wirksame Arbeit auf diesem Gebiet nur aufgrund einer besseren Klärung der prinzipiellen Fragen geleistet werden kann und weil oft geglaubt wird, dass die sich uns stellenden Probleme mit Schlichen und zweideutigen Schachzügen gelöst werden können, eben weil prinzipielle Fragen nie geklärt wurden.

II. UEBER DIE GRUENDE DES INTEGRATIONSPROZESSES

Wir machen in diesem Kapitel keine erschöpfende Analyse des Integrationsprozesses der schweizerischen Arbeiterbewegung sondern heben lediglich einige Faktoren hervor. Dies scheint uns im Hinblick auf unsere Gewerkschaftsarbeit aus zwei Gründen wichtig:

1. Um die Gründe der Klassenkollaboration zu begreifen, die seit der Zwischenkriegszeit die schweizerische Arbeiterbewegung prägt
2. Um die Veränderungen besser zu erfassen, die sich momentan abspielen, als Folge der Strukturänderungen in der Industrie, der Veränderung der Zusammensetzung der Arbeiterklasse (Immigration) sowie der Existenz einer marxistischen Avantgarde...

Wir brauchen wohl nicht zu erwähnen, dass wir die von der Bürokratie betriebene Politik nicht für etwas Unabhängiges halten, die der einzige Grund für den Integrationsprozess darstellt. Da wir zudem die Struktur und die Natur der Gewerkschaft nicht für einen unabänderlichen und für die Integration notwendigen Faktor halten, scheint es uns nützlich, den Kontext zu beschreiben, in welchem sich der Integrationsprozess vollzog. Wir wiederholen nocheinmal, dass es sich hier um keine erschöpfende und detaillierte Analyse handelt, sondern lediglich um einige richtungweisende Ideen, die die Diskussion über dieses Thema vorantreiben sollen; dies ist

sehr wichtig, wenn wir die Entwicklungsdynamik der Arbeiterbewegung in Verbindung mit den heute auftauchenden Strukturänderungen besser verstehen wollen. Das Verständnis für den Integrationsprozess hilft auch all die impressionistischen Auffassungen vermeiden, die dahin tendieren, aus strategischen Zielen unmittelbare Ziele zu machen, einen punktuellen Kampf für ein Zeichen für das Losbrechen von Kämpfen und den endgültigen Bruch des "Arbeitsfriedens" oder das Gegenteil zu halten... Diese impressionistische Krankheit ist in der RML noch lange nicht ausgerottet und zeigt objektiv, dass die Organisation (politisch) noch jung ist.

- 1) Ohne bis auf die "historischen Wurzeln" des Integrationsprozesses zurückgehen zu wollen, muss man doch festhalten, dass sich die schweizerische Gewerkschaftsbewegung seit ihrem Bestehen durch kollaborationistische Tendenzen auszeichnete, wie dies beispielsweise die Erklärung des "Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterbundes" beweist, wo in Artikel 4 erklärt wird, dass die Gewerkschaftsmitglieder nicht das Recht hätten, Politik zu betreiben und im Namen ihrer Partei Forderungsbewegungen auszulösen. Weiter wird erklärt, dass der Vorstand davon entfernt sei, Streikanstifter zu sein; er bemühe sich im Gegenteil, die Konflikte beizulegen, um Streiks zu verhindern...

Der Einfluss der deutschen Arbeiterbewegung spielte mit seiner "mächtigen Gewerkschaftsbewegung" eine wichtige Rolle. Die Ideologie der deutschen Gewerkschaftsbewegung fand in der deutschen Immigration in der Schweiz einen Vermittler für seine hiesige Entwicklung. Etliche Führer der schweizerischen Arbeiterbewegung waren zudem durch diese Schule gegangen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass das Konzept der Gewerkschaftsneutralität für die Gewerkschaftsbürokratie seit 1899 zum Dogma wurde.

Die Neutralität der Gewerkschaft beruht natürlich auf der Befürwortung der völligen Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf. Die Grundlage dieser Konzeption und deren allgemeine Bedeutung hat Rosa Luxemburg treffend erklärt, wenn sie schreibt: "Die Trennung zwischen dem politischen und ökonomischen Kampf und die Verselbständigung beider ist nichts als ein künstliches, wenn auch geschichtlich bedingtes Produkt der parlamentarischen Periode. Einerseits wird hier, bei dem ruhigen, "normalen" Gang der bürgerlichen Gesellschaft, der ökonomische Kampf zersplittert, in eine Vielheit einzelner Kämpfe in jeder Unternehmung, in jedem Produktionszweig aufgelöst. Andererseits wird der politische Kampf nicht durch die Masse selbst in einer direkten Aktion geführt, sondern, den Formen des bürgerlichen Staates entsprechend, auf repräsentativem Wege, durch den Druck auf die gesetzgebenden Vertretungen." ("Massenstreik, Partei und Gewerkschaften")

Man denke nur an Artikel 5 der Erklärung des "Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterbundes", um zu begreifen, wie sehr Rosas Charakterisierung hier zutrifft. In Artikel 5 heisst es, der "Allgemeine Schweizerischen Arbeiterbund" müsse an erster Stelle verhindern, dass mehrere Bewegungen gleichzeitig entstünden, da sie sich gegenseitig störten. Inbezug auf die politischen Kämpfe ist auch die Grundsatzklärung des Gewerkschaftskongresses des Jahres 1913 bezeichnend, wenn er verkündet, dass der Massenstreik als Mittel zur Erlangung politischer Rechte in der Schweiz kaum empfehlenswert erscheine.

Unter dem Zeichen dieser Konzeption entwickelte sich also die schweizerische Arbeiterbewegung. Seit dem Ansteigen der Kämpfe im Jahre 1905 vollzog sich zwar ein gewisser Wechsel, der jedoch relativ oberflächlicher Natur war. Dennoch war die Ent-

fernung des Neutralitäts-Begriffes aus den Statuten (1906 und einige folgende Jahre) Ausdruck der objektiven Tatsache, dass die Entwicklung der Kämpfe die extreme Trennung zwischen politischem und ökonomischem Kampf in der Praxis aufhob. Dies hinderte jedoch die Gewerkschaftsbürokratie nicht daran, einen äusserst harten Kampf gegen die sogenannten anarcho-syndikalistischen Tendenzen zu führen, welche von den Verfechtern der direkten Aktion verkörpert wurden (Einfluss der französischen und belgischen Arbeiterbewegung). Hg, der spätere Unterzeichner des "Arbeitsfriedens"-Abkommens, befand sich in der vordersten Reihe, im Kampf gegen die die direkte Aktion befürwortenden Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung, die vor allem in der Westschweiz verbreitet waren.

Dazu muss man noch beifügen, dass die schweizerische Arbeiterbewegung, im Gegensatz zur deutschen, nie Träger eines marxistischen Gedankengutes war. Die Ideologie der schweizerischen Arbeiterbewegung bestand aus einer eigenartigen Mischung aus protestantischem Moralismus, vager sozialistischer Konzeption und kleinbürgerlichem Demokratismus; alle Äusserungen Hgs über die "Rolle des Arbeitsfriedens" sind in dieser Hinsicht aufschlussreich.

- 2) Ein Element trat mit Wucht in den Integrationsprozess der schweizerischen Arbeiterbewegung: die "Neutralität" der Schweiz während des ersten interimperialistischen Weltkrieges. Hatte die Entwicklung der Kämpfe in der Schweiz während der ersten zehn Jahre dieses Jahrhunderts einen erfreulichen Aufschwung erlebt, so kam der erste Weltkrieg als ein Bruch mit widersprüchlichen Aspekten dazwischen. Die rapide Verschlechterung des Lebensstandards stimulierte seit 1916 die Arbeiterkämpfe. Im Rahmen der ausserordentlichen Radikalisierung in Europa, die durch die russische Revolution ausgelöst wurde, lösten diese Kämpfe die einzige verallgemeinerte Massenmobilisierung der schweizerischen Arbeiterbewegung aus: den Landesstreik von 1918. Diese Massenbewegung stellte sich eindeutig im Gegensatz zur alten Konzeption der Trennung zwischen ökonomischen und politischem Kampf. Dies nahm in der Entstehung von Organismen Gestalt an, die alle Arbeiterorganisationen "fusionierten" (Partei, Gewerkschaften, verschiedene Organisationen): den örtlichen Arbeiterunions. Hier zeichnete sich in Ansätzen ab, was Rosa vorausgesehen hatte: "In einer revolutionären Massenaktion sind politischer und ökonomischer Kampf eins, und die künstliche Schranke zwischen Gewerkschaft und Sozialdemokratie als zwei getrennte, ganz selbständige Formen der Arbeiterbewegung wird einfach weggeschwemmt." ("Massenstreik, Partei und Gewerkschaften") Die Gewerkschaftsführungen begriffen dies jedoch auch und kämpften entschlossen gegen diese örtlichen Arbeiterorganisationen. Aber folgende Elemente stellten eine erste Grenze dar, die sich sehr rasch spürbar machte: der Mangel an Kampferfahrung, die fehlende Alternative gegenüber der Politik der reformistischen Führungen, die Fähigkeit eines Flügels der Sozialdemokratie, die Bewegung wieder unter Kontrolle zu bringen (Grimm), die ideologische Schwäche der Arbeiterbewegung, das Gewicht der demokratischen und parlamentaristischen Ideologie, die Wirkungen von mehr als zwei Jahrzehnten reformistischer Praxis. Die Politik der KPS war zudem einer Verankerung in der Klasse nicht förderlich, ebensowenig wie dem Aufbau einer ernsthaften Alternative gegenüber den reformistischen Führungen. Die Ueberschätzung des Anstieges der Klassenkämpfe seitens der KPS und die Gleichsetzung der Lage in der Schweiz mit der Deutschlands schwächte ihre Perspektive einer Verankerung in der Klasse und den Gewerkschaften. Die "Niederlage" der deutschen Revolution im Jahre 1923 beschleunigte auch in der Schweiz das Abflauen der Arbeiterkämpfe.

Mit der 1923/24 einsetzenden Wende begann die Gewerkschaftsführung systematisch gegen die Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften vorzugehen. Dies führte schliesslich zum Ausschluss der meisten der militanten Aktivisten aus den Gewerkschaften. Damit hatte sich die Gewerkschaftsbürokratie den Weg freigemacht: sie konnte in der Folge ohne Behinderung ihre sozial-chauvinistische und sozial-imperialistische Politik entfalten.

Trug die durch die Kriegszeit geschaffene soziale Lage dazu bei, dass unmittelbar nach dem Krieg zur Durchsetzung der Forderungen wirklich breite Bewegungen entstanden, so hatte jedoch die Schweiz durch ihre militärische Neutralität die mit einer Kriegsbeteiligung verbundenen sozialpolitischen Umwälzungen vermieden. Dies wirkte nun stabilisierend auf die soziale Lage und erleichterte die vermehrte Verbreitung der nationalistischen und "demokratischen" Ideologie. Ein zweites Element kommt hinzu: der wichtige Anteil der Exporte an der industriellen Produktion. Die schweizerische Industrie erweist sich als sehr anfällig, wenn die Exportmöglichkeiten bedroht sind (dies trifft v. a. für die Maschinen- und Uhrenindustrie zu). Um die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie und die schon während des Krieges deutliche Vorzugsstellung der Schweiz aufrecht zu erhalten, wurde die Klassenkollaboration der Arbeiterbewegung als eine objektive Notwendigkeit dargestellt. Es ist in der Tat äusserst bezeichnend zu sehen, wie die Gewerkschaftsführer seit den 20er Jahren den Begriff "unsere Industrie" gebrauchen und wie rasch ihre Haltung von der Sorge um die Entwicklung der Exportindustrie bestimmt wurde. Sie sahen im Wachstum dieses Industriezweiges die Möglichkeit, die Stellung der Arbeiterklasse zu verbessern. Diese Haltung geht nicht auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg, noch auf 1937, sondern auf das Ende der 20er und den Beginn der 30er Jahre zurück. In dieser Hinsicht ist es äusserst bezeichnend, dass Max Weber, einer der Theoretiker des SGB, 1935 einen Plan zur Unterstützung der Exportindustrie ausarbeitete. Seit 1920, dank der Einführung des Proporzsystems für die Wahl in den Nationalrat, kommt noch die Möglichkeit eines Wahldurchbruchs der sozialdemokratischen Partei hinzu. Dieser Durchbruch, in Verbindung mit dem Rückgang der Massenbewegung sowie der verheerenden Politik der kommunistischen Partei, erweckte die Trennung der Aufgaben zwischen Partei und Gewerkschaft, zwischen ökonomischem und politischem Kampf sowie die Konzeption der Gewerkschaftsneutralität zu neuem Leben. Die Erfahrung einer Massenbewegung war also von kurzer Dauer, und die aus dem ersten Weltkrieg hervorgegangenen widersprüchlichen Faktoren wurden voll wirksam.

3) All diese Erscheinungen kristallisierten sich im "Arbeitsfrieden", dessen Tragweite wohl nicht mehr erklärt werden muss. Doch vollzog sich dieser Kristallisierungsprozess innerhalb eines gegebenen Kontextes, dessen Hauptmerkmale es herauszuarbeit^{en} gilt, obgleich der Kontext allein die Gesamtheit des Problems nicht zu erklären vermag (wir kommen bald auf die strukturellen Gegebenheiten zurück, die es ermöglichen, die genaueren Mechanismen zu verstehen).

Eine Reihe von Faktoren spielten ineinander, An erster Stelle sei die Krise erwähnt, die 1932 den schweizerischen Kapitalismus traf (der Export von Maschinen fiel von 265,8 Mio. Franken im Jahre 1929 auf 105 Mio. im Jahre 1932). Diese Krise stellte die Frage des "Ueberlebens" für die Exportindustrie. Die Leitung des wichtigsten Gewerkschaftsverbandes, der SMUV, ist im Rahmen seiner Kollaborationspolitik bereit, jegliches Zugeständnis zu machen, um den Unternehmern die besten Bedingungen zu bieten, die Auswirkungen der Krise in der Maschinenindustrie einzudämmen. Obgleich der im Maschinensektor verzeichnete Exportrückgang beachtlich war

(er betrug zwischen 1928 bis 32 60,4%), so war er dennoch geringer als derjenige des Welthandels (64,8% innerhalb der gleichen Zeitspanne). (Der Maschinensektor umfasste im Jahre 1933 51% aller in der Metallindustrie, in der metallgewinnenden Industrie und in der Uhrenindustrie Beschäftigten). Dies erlaubte den Kapitalisten dieses wesentlichen Sektors, ihre Stellung im Welthandel trotz der Krise zu behaupten. Seither stand die Frage im Vordergrund, wie man maximal vom teilweisen Aufschwung profitieren konnte, der sich für das Jahr 1937 abzuzeichnen schien. Das eifrige Bemühen der Unternehmer ist verständlich, das sie auf der Suche nach einer Lösung entfalteten, die ihnen den "sozialen Frieden" auf lange Sicht sichern sollte. Natürlich war der härteste Konkurrent im Sektor der Produktionsmittel der deutsche Kapitalismus, vor allem seit der "neue Plan" von Dr. Schacht der deutschen Industrie zu einem relativen Ansteigen der Exporte in den Jahren 1935/36 verhalf.

In diesem Kontext vollzog sich die Verbindung zwischen der "Notwendigkeit, unsere Export-Industrie zu fördern" und der "Bewahrung der Demokratie vor der national-sozialistischen Gefahr". Es ist keine Uebertreibung, zu sagen, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung Deutschlands durch den Faschismus sei ein entscheidender Faktor gewesen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Schweiz. Tatsächlich erlaubte die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung der Gewerkschafts- und SP-Führungen, die Politik der Klassenkollaboration weiterzutreiben - zur "Wahrung der Demokratie"! Die von der Arbeiterbewegung ausgehende Anti-Faschismus-Kampagne verwandelte sich in eine Kampagne zur "Verteidigung der Demokratie" und für die Verstärkung des sozialen Friedens. Auch die KPS bezog ab 35/36 Positionen, die in die Richtung eines "Kampfes zur Wahrung der Demokratie" und der "Landesverteidigung" gingen.

Die Unternehmerschaft, die aus ihrer Zuneigung für das "geordnete System" des faschistischen Italiens kein Hehl machte (Lex Haerberlein von 1932 usw.), profitierte von dieser Verbindung des Sozialimperialismus mit dem "Anti-Faschismus" der Arbeiterbewegung, um mit der Bürokratie das "Arbeitsfriedens"-Abkommen zu schliessen, was als ein Akt nationalen Widerstandes aufgefasst wurde. Alle Ausführungen der Gewerkschaften bezüglich des "Arbeitsfriedens" wurden von dieser Tatsache geprägt. Einige Beispiele. Die Natur der zwischen der SEMUV-Leitung und dem "Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller" abgeschlossenen Konvention ist eindeutig. Es ist nicht das Ziel dieser Konvention, alle Aspekte der Beziehung Kapital-Arbeit zu erfassen; sie versucht vielmehr, ein äusserst umfassendes Verfahren bereitzustellen, um alle Konflikte zwischen Unternehmer und Gewerkschaften gütig und ohne Intervention des Staates beizulegen. Die Bürokratie reagierte heftig gegen jegliches Eingreifen des Staates, und förderte daher ausschliesslich zweiseitige Beziehungen zwischen den "Sozialpartnern", ausserhalb jeglicher Einmischung des Staates. Damit wollten die Gewerkschaftsführer den "Staatsinterventionismus" ausschalten, dessen schlimmste Auswüchse sie in Deutschland und in der UdSSR zu sehen glaubten. Die bürgerliche Politik unterstützte sie in diesem Vorhaben, denn 1934 wurde vom Volkswirtschaftsdepartement eine "interkantonale Schlichtungsstelle" ins Leben gerufen. Am 10. November 1936 wurde der Bundesratsbeschluss veröffentlicht, welcher das Volkswirtschaftsdepartement ermächtigte, von Amtes wegen und ohne Berufung bei jenen kollektiven Lohnkonflikten als Schiedsgericht zu walten, die nicht durch Uebereinkunft der Parteien gelöst würden. Angesichts der Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse während jener Krisenzeit war es offensichtlich, dass diese

"Schlichtungsstellen" immer "zuungunsten der Arbeiter" entscheiden würden, wie sich die Gewerkschaftsführer ausdrückten. Zudem drohte diese Methode, die Rolle der Bürokraten als Delegierte der Arbeiterklasse beträchtlich zu entwerten. Dieser Gefahr wollten sie mit der Schaffung exklusiver Beziehungen zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften entgehen, d. h. sie betrieben eine systematische Politik der Konzessionen, die ihnen jedoch einen gewissen sozialen Status verlieh. Hier liegt der Ursprung des "Liberalismus" gegenüber staatlichen Interventionen, der alte Schichten der Gewerkschaftsbürokratie vom Schläge Wüthrichs an den Tag legten und dem sich die jüngere Bürokraten generation nicht mehr so sehr verpflichtet fühlt. Der Aspekt der "Verteidigung der Demokratie", der das ganze "Arbeitsfriedens"-Abkommen wie ein roter Faden durchzieht, muss auch von den obgenannten Faktoren her verstanden werden. Er ist der konkrete Ausdruck des Sozialchauvinismus. In seinem Jahresbericht 1936/37 verkündet der SMUV, dass die Landesverteidigung auf der Zusammenarbeit aller Kräfte des Landes beruhe. Der SMUV trage so zur Befriedung des Landes, zur Stärkung der Demokratie bei und mache sich sehr um das Land verdient. Das Abkommen sei eine Regelung, welche den Gefühlen und Gedanken des ganzen Volkes wie auch seinen demokratischen Traditionen wirklich entspreche. Der "protestantische Moralismus" fehlte dabei offensichtlich nicht, verkündet man doch, dass die moralische Grundlage des Abkommens wichtiger sei als ihre juristische Formulierung!

Dieses Abkommen war ausserdem noch als ein Kampfinstrument gegen den "Linkssozialismus" und das "Eindringen (seit 1935) der Kommunisten in die Gewerkschaften" gedacht...

- 4) Bis anhin haben wir die strukturellen Gegebenheiten noch nicht analysiert, welche sich an der Wurzel dieses Integrationsprozesses befinden. Wir möchten jedoch ausdrücklich unterstreichen, dass wir gegen eine schematische Analyse sind, die den politisch-ideologischen Faktoren jegliche Autonomie und Auswirkung abspricht.

Erstens spielte die Struktur des schweizerischen Produktionsapparates eine entscheidende Rolle zugunsten des "Arbeitsfriedens". Die Art, wie sich die Industrialisierung in der Schweiz vollzog, bewirkte eine sehr grosse Zerstreuung der Betriebe. Zudem blieben die Kleinheit der Betriebe und ihre sehr spezialisierte Produktion nicht ohne Auswirkung auf die Arbeiterklasse. Die Folge davon war eine fehlende Zusammenballung der Arbeiterklasse. Die hohe Qualifizierung, die diese Art von Betrieben erforderte, bewirkte ausserdem das Fortleben des Arbeiter-Handwerkes, des Berufsarbeiters, der viel mehr darauf bedacht war, seine persönliche Stellung zu verbessern, als die kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse in Frage zu stellen. Diese industrielle Struktur hatte schliesslich zur Folge, dass die Taylorsche Revolution (System der "wissenschaftlichen" Riesenbetriebsführung) die schweizerische Industrie nicht berührte. Man sollte nicht vergessen, dass es im Jahre 1965 in der Maschinen-, Metall- und Apparateindustrie nur 55 Betriebe mit mehr als 1000 "Beschäftigten" gab; sie umfassten insgesamt 147'998 Arbeiter. Im Vergleich dazu findet man 2825 Betriebe mit zwischen 50 und 500 Arbeiter, davon 1735 Betriebe mit zwischen 20 und 49 Arbeiter und nur 813 mit zwischen 200 und 499. Gesamthaft umfassten diese Betriebe 201'392 Arbeiter. Die Unternehmen mit zwischen 500 und 1000 Arbeitern immer noch im Schlüsselsektor der schweizerischen Industrie, beliefen sich auf 58 und umfassten 41'549 Arbeiter.

Zweitens stellt die Struktur des Kapitals, die niedrige organische Zusammensetzung des Kapitals, die Grundlage für eine weniger aggressive, weniger harte und mehr auf

Zusammenarbeit ausgerichtete Politik der Unternehmerschaft dar. Daniel Guérin schreibt in seinem Buch "Fascisme et Grand Capital": "Die Unternehmer der Leichtindustrie nehmen im allgemeinen eine etwas andere Haltung gegenüber den von ihnen beschäftigten Arbeitern ein; die organische Zusammensetzung ihres Kapitals ist weniger hoch, ihre "fixen Kosten" weniger drückend und auch ihr Hochmut weniger rücksichtslos. Die meisten unter ihnen geben gegenüber der Politik der Stärke der "Klassenzusammenarbeit", dem "Sozialfrieden" (wie sie es nennen) eindeutig den Vorzug, was in Wirklichkeit nur eine noch verlogenerere und noch hinterlistigere Form der Zähmung des Proletariats darstellt." Ed. Maspéro, 2. Bd., S. 30) (Aus dem Französischen übersetzt) Dies trifft für die schweizerische Unternehmerschaft völlig zu. Die niedrige organische Zusammensetzung des Kapitals rückt natürlich die Frage der Verwendung der Arbeitskraft an die erste Stelle. Wir möchten zum Beweis zwei Aussagen anführen, eine seitens der Unternehmerschaft, die andere seitens der Gewerkschaften, die in jeder Hinsicht unsere Ausführungen bestätigen. Seit seiner Gründung im Jahre 1905 verkündete der "Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller" (ASM), dass sein Ziel darin bestehe, mit gleicher Festigkeit den Kampfmitteln entgegenzutreten zu können, welche die Arbeiter oder deren Organisationen gegen die Gesartheit ihrer Betriebe oder gegen einzelne unter ihnen anwendeten (man darf nicht vergessen, dass 1905 eine Welle ziemlich heftiger Kämpfe begann). Doch trotz dieser scheitbaren Kriegserklärung heisst es in den Statuten dieser im Entstehen begriffenen Arbeitgeberorganisation, dass der Verband die Entwicklung einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anstrebe und es sich darum handle, eine friedliche Lösung der Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zu finden.

Die Grundhaltung der Unternehmer und ihre Bemühung um eine Lösung für den "sozialen Frieden" - die nicht erst aus dem Jahre 1937 stammt - ist klar ersichtlich.

Die Gewerkschaftsbürokratie begriff dieses Phänomen... Man stellt fest, dass sie es in einer gewissen Form theoretisierte. Nachdem sie eine Studie über die "Mechanisierung in der schweizerischen Industrie" verfasst hatte, stellte sie die "schwache Mechanisierung" der Maschinenindustrie fest (das Verhältnis zwischen der technischen und organischen Zusammensetzung des Kapitals) und schloss daraus, dass die Löhne im Verhältnis zur "Produktivitätssteigerung" erhöht werden sollten. Die Gewerkschaftsführer meinen hierzu: "Zu den arbeitsintensiven Industrien gehören in erster Linie die Bekleidungs-, Tabak-, Uhren- und merkwürdigerweise auch die Schuhindustrie, ferner die Stickerei, Lithographie, usw. Bemerkenswert ist, dass auch die Maschinenindustrie mit 1,6 F8 pro Kopf unter dem Durchschnitt aller Industrien steht, wohl deshalb, weil sie in der Hauptsache keine Serienfabrikate, sondern hochqualifizierte Produkte erzeugt.

Je nachdem, ob in einer Industrie viel Maschinen oder viel menschliche Arbeitskraft benötigt werden, spielt natürlich auch der Lohn als Unkostenfaktor eine sehr verschiedene Rolle. In stark mechanisierten Industriezweigen ist der Lohnanteil manchmal so gering, dass die Erfüllung von Lohnforderungen auf den Ertrag nur einen unwesentlichen Einfluss hat (die Bürokraten sehen das Problem der "fixen Kosten" überhaupt nicht, die nicht zusammengepresst werden können; ebensowenig sehen sie die Konsequenzen, die sich daraus bei einem Arbeitsunterbruch ergeben). Andererseits kommt es bei den arbeitsintensiven Industrien in der Regel sehr stark auf die Qualität der Arbeitsleistung an, so dass nicht die Löhne an sich, sondern nur der Lohn im Verhältnis zur Arbeitsleistung von entscheidender Bedeutung ist. Diese Zusammen-

hänge sind sehr wichtig für die Gewerkschaftspolitik." (Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz, 1931)

Die Gewerkschaftsbürokraten hatten mit der verzerrten Optik des Sozialpartners begriffen, dass sie Lohnerhöhungen erzielen konnten, indem sie diese mit der "Produktionssteigerung" verknüpften. Diese objektive Tatsache (niedrige organische Zusammensetzung des Kapitals) vermag zu erklären, weshalb die Lohnpolitik des SMUV sich völlig im Rahmen des Verhältnisses Produktivität-Lohn bewegt. Diese stimmt natürlich völlig mit der Vorstellung einer "gerechten" Verteilung des "Mehrwertes" überein. . .

- 5) Aber es müssen noch einige Punkte analysiert werden, wenn wir die Tendenzen einer langsamen Infragestellung der Integration der Arbeiterbewegung genauer erfassen wollen.

Seit dem 2. Weltkrieg haben natürlich neue Faktoren die bereits analysierten alten Faktoren abgelöst oder, was eher zutrifft, haben diese ergänzt.

Bevor wir auf das Problem der Arbeiteraristokratie der Nachkriegszeit eingehen, möchten wir noch die Art des Kapitalwachstums bis zum Beginn der 60er Jahre und die Rückwirkungen betrachten, welche sich auf die Lohnzunahme für eine bedeutende Schicht von Schweizer und sogar Teile von ausländischen Arbeitern (die qualifiziertesten) zeitigte.

In der Nachkriegszeit entwickelte sich innerhalb des schweizerischen Kapitalismus ein Akkumulationsprozess, der die organische Zusammensetzung des Kapitals nicht, oder bis zu Beginn der 60er Jahre, nur geringfügig veränderte. Die schweizerischen Kapitalisten legten das Gewicht auf "Capital-saving"-Investitionen, d.h. auf extensive und nicht intensive Investitionen (im Vergleich zum europäischen Kapitalismus seit den 50er Jahren ein ziemlicher Ausnahmefall). Sie vervielfachten die Arbeitsplätze und griffen auf "ausländische" Arbeitskräfte zurück, ohne jedoch radikale und tiefgreifende Modernisierungen des Produktionsapparates in die Wege zu leiten, d.h. ohne den "Faktor Arbeit" durch den "Faktor Kapital" zu ersetzen. Dies trug dazu bei, dass sich das Verhältnis Angebot-Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt für die Sektoren qualifizierter Schweizerarbeiter zugunsten des Angebots veränderte. Es ist hervorzuheben, dass die schweizerische Unternehmerschaft nicht sofort die "ausländische" Arbeitskraft gerufen hat, sondern zuerst den inneren Arbeitsmarkt austrocknen liess. 1957 war im Bericht des SMUV zu lesen, dass die Unternehmer eine wachsende Zahl ausländischer Arbeitskräfte hätten rufen müssen, weil der Vorrat an einheimischen Arbeitskräften praktisch aufgebraucht war. Der ASM schrieb 1955, dass man fast keine einheimische Arbeiter mehr finden könne. Für die Schweizer Arbeiter, vor allem für die der Metall- und Maschinenindustrie, waren die Bedingungen sehr günstig, ohne Kämpfe regelmässig Lohnerhöhungen zu erhalten. Wohl erlaubte der massive Zufluss an ausländischen Arbeitern eine Entspannung des Arbeitsmarktes und bewirkte eine nur langsame Gesamtzunahme der Löhne in der Industrie; dies umso mehr, als die Politik des "Arbeitsfriedens" de facto als Einkommenspolitik funktionierte.

Jedoch verschärfen sich einerseits ab 1963 die sektoriellen Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, andererseits bewirkte aber die Verschiebung der Schweizer (und eines Teils der ausländischen) Arbeiter von Sektoren mit niedrigen Löhnen in Sektoren mit höheren Löhnen, dass die Reallohonzunahme für eine ganze Schicht von Arbeitern recht bedeutend war.

Schliesslich wurde durch die Art der Eingliederung der ausländischen Arbeiter in den Produktionsapparat (die erschienen in den Sektoren mit niedrigen Löhnen oder an den am schlechtesten bezahlten Stellen in Branchen mit allgemein hohen Löhnen) die Konkurrenz zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern auf dem Arbeitsmarkt relativ gedämpft; sie wirkte sich daher nicht sehr stark auf die Löhne der bestqualifizierten einheimischen Arbeiter aus. Diese Situation drückte sich in einer ziemlich ausgeprägten Lohnhierarchie aus, die durch die Politik der Gewerkschaften noch gefördert wurde.

Während einer ganzen Zeitspanne schufen die Art der Kapitalakkumulation, wie er vom schweizerischen Kapitalismus betrieben wurde, und die Organisation des Arbeitsmarktes (die Immigration wurde in gewissen Sektoren eingegliedert) Lohnmäßig günstige Bedingungen für einen Teil der Arbeiterklasse. Im "Kapital" zeigt Marx im Kapitel über die Kapitalakkumulation auf, wie sich diese Art von Akkumulation auf die Löhne auswirkt: "Unter den bisher unterstellten, den Arbeitern günstigen Akkumulationsbedingungen (Erhöhung der Akkumulation ohne Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals) kleidet sich ihr Abhängigkeitsverhältnis vom Kapital in erträgliche oder, wie Eden sagt, "bequeme und liberale" Formen. Statt intensiver zu werden mit dem Wachstum des Kapitals, wirdes nur extensiver, d. h. die Exploitations- und Herrschaftssphäre des Kapitals dehnt sich nur aus mit seiner eigenen Dimension und der Anzahl seiner Untertanen. Von ihrer eigenen anschwellenden und schwellend in Surpluskapital verwandelten Mehrprodukt strömt ihnen ein grösserer Teil in Form von Zahlungsmitteln zurück, so dass sie den Kreis ihrer Genüsse erweitern, ihren Konsumationsfonds von Kleidern, Möbeln, usw. besser ausstatten und kleine Reservefonds von Geld bilden können." Hier gibt Marx eine wahrlich meisterhafte Beschreibung von einer Schicht der schweizerischen Arbeiterschaft der Nachkriegszeit (bis hin zum Tick des Kleinsparers)! (Folgendes sei noch bemerkt: Die Tatsache, dass die Reallohne zugenommen haben, bedeutet noch nicht, dass die Lohnkosten pro Produktionseinheit zugenommen haben. In Wirklichkeit gelang es der Unternehmerschaft sogar, dank der Kollaboration der Gewerkschaften, die Lohnkosten zwischen 1965 und 70 mehr oder weniger zu stabilisieren; dies gelang durch eine Reorganisation des Produktionsapparates, durch die Beschleunigung der Arbeitsrhythmen usw. Was die Unternehmer in erster Linie interessiert, ist gerade dieses Verhältnis zwischen Produktivität und Lohn.)

- 6) Es bleibt uns nur noch, in groben Zügen jene Grundlagen zu untersuchen, welche die Entstehung einer "privilegierten" Arbeiterschicht, einer "Arbeiteraristokratie" ermöglichten, die, wie Lenin sagte, sich ihrer nationalen Bourgeoisie integriert hat. Die Bourgeoisie hat diese Arbeiteraristokratie geschätzt und es wunderbar verstanden, sie "ihrem Konzept anzupassen". Wir integrieren hierfür die obgenannten Elemente: berufliche Qualifikation, spezialisierte Arbeiter und die schon geschilderten ideologischen Faktoren. Was wir herausheben möchten, sind die Grundlagen, die es den schweizerischen Unternehmern ermöglichten, einer bedeutenden Schicht der Arbeiterklasse ohne Schwierigkeiten einige "Erosamen" zuzugestehen.

Erstens, wie Lenin zeigte, kann die Arbeiteraristokratie u. a. dank den Profiten und Ueberprofiten aus den imperialistischen Investitionen bei der Stange gehalten werden. Es ist schon längst kein Geheimnis mehr, dass die Schweiz das imperialistischste Land der Welt ist. Aber die schweizerischen Kapitalisten ziehen ihre Profite nicht nur aus ihren Investitionen in den kolonialen oder halbkolonialen Ländern, sondern auch aus dem Mechanismus des "ungleichen Austausches", der den Handelsbeziehungen

mit den "unterentwickelten" Ländern zugrunde liegt. Was der schweizerische Imperialismus mittels solcher Mechanismen aus den "unterentwickelten" Ländern herauspresst, beläuft sich sicherlich auf mehr als erzeuliche Summen. Man braucht nur an die Vorteile zu denken, die ihm die Verschlechterung der Terms of Trade seit den 50er Jahren eingebracht hat; dies umso mehr, wenn man den Charakter der Importe mit dem der Exporte vergleicht.

Zweitens stellt der Produktivitätszuwachs ohne entsprechende Herabsetzung der Arbeitszeit eine weitere Quelle für die Korruption der Arbeiteraristokratie dar, da dem Kapitalisten dadurch ein beträchtliches Mehrprodukt zufließt. Die Wichtigkeit dieses Problems wird umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass erst im Mai 1957 die Arbeitszeit von 48 auf 47 Stunden herabgesetzt wurde, dass man bis 1964 warten musste, bis die 44-Stunden-Woche eingeführt wurde und dass seither keine Arbeitszeitverkürzungen mehr erfolgten. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass die Gewerkschaftsbürokraten erst dann eine Arbeitszeitverkürzung forderten, als diese in den meisten übrigen kapitalistischen Konkurrenzländern bereits eingeführt war. Die Ueberstunden haben diese Arbeitszeitverkürzungen zudem fast zu kompensieren vermocht. Einige Zugeständnisse auf der Lohnenebene stellten demzufolge für die Unternehmer kein allzu grosses "Opfer" dar.

Drittens: Die lange Expansionsphase des Kapitalismus seit dem 2. Weltkrieg verbreiterte den Handlungsspielraum der Unternehmer; sie konnten - ohne um ihre Konkurrenzstellung bangen zu müssen - die Lohnerhöhungen auf die Preise abwälzen.

Berücksichtigt man sowohl die Degenerierung der Arbeiterbewegung (die verschiedenen Gründe hierfür wurden aufgeführt) als auch die seit dem 2. Weltkrieg privilegierte Stellung des schweizerischen Imperialismus, so sieht man besser, welches die Ursprünge des "sozialen Friedens" sind, der das soziale und politische Leben seit mehreren Jahrzehnten prägt.

III. GRUNDLEGENDE VERÄNDERUNGEN UND DIE UNTERNEHMEROFFENSIVE

Ein Bruch des "Arbeitsfriedens" und eine tiefgreifende Veränderung der sozio-politischen Stabilität kann man nur in Betracht ziehen, wenn man ausgeht von den Veränderungen in der Zusammensetzung und der Organisation der Arbeiterklasse einerseits und dem Niedergang des schweizerischen Kapitalismus und dem Unternehmerangriff auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung seit dem 2. Weltkrieg andererseits (zum Teil wurden diese Fragen schon im Bericht "Die politische Lage und unsere Aufgaben" angeschnitten).

- 1) Zuerst einmal hat sich der Konzentrationsprozess auf struktureller Ebene ohne Zweifel seit 1963-64 beschleunigt; wir verfügen nicht über sehr genaue Zahlen, was die letzten Jahre betrifft. Nichtsdestoweniger können uns einige Hinweise über die Periode 55-65 zeigen, was sich während der Periode 65-75 abgespielt hat und abspielen wird. "Von 1955 bis 65 sind 15'649 Handwerks- und Industrieunternehmen verschwunden, während die Zahl der Beschäftigten in den verbleibenden Unternehmen um 193'763 zugenommen hat, . . . Vor allem die Klein- und Kleinstbetriebe sind davon betroffen. Im Industrie- und Handelssektor sind seit 1955 mehr als 1000 Einmannbetriebe, zwischen 700 und 800 Betriebe mit zwischen 2 und 5 Beschäftigten, ungefähr 70 mit 6 bis 10 Beschäftigten eingegangen; im selben Zeitraum hat die Zahl der Be-

triebe mit mehr als 500 Beschäftigten jedes Jahr um 5 zugenommen." (Bericht des Delegierten für Konjunkturfragen 1972, S. 517). Dieser Prozess wird sich nicht nur beschleunigen, sondern sicher auch verändern; verschiedene Gründe sind dafür massgebend: Die Investitionsart, die es zu machen gilt, die Aenderung der "optimalen Grösse" der Betriebe im Rahmen der neuen sich eröffnenden Märkte (Gemeinsamer Markt). Die Tendenz zur Konzentration wird sicher eine Reihe mittlerer Betriebe betreffen (zwischen 400 und 800 Arbeiter), die nicht imstande sind, den "Sprung nach vorn" zu tun und die keine sehr weitgehende Spezialisierungen vornehmen können, was - verbunden mit einem gewissen Investitionsgrad - erlauben würde, die Arbeitskräfte auf ein Minimum zu beschränken: für eine Reihe kleiner Betriebe ist dies der Fall. Im Zusammenhang mit dieser Konzentrationserscheinung ergibt sich auch eine tendenzielle örtliche Verschiebung der Betriebe. Eine Verschiebung, die sich im Rahmen der faktischen Integration in den Gemeinsamen Markt nur verstärken kann. "Heute sind ungefähr 65% des ökonomischen Potentials des Landes, 60% des industriellen Potentials und 70% der Kapazität der öffentlichen und privaten Dienste auf einer Fläche konzentriert, die kaum 3% der Eidgenossenschaft überschreitet. Die Hauptorte der 23 dichtbevölkerten Regionen, die 82% der aktiven Personen dieser Regionen beschäftigen, nehmen nur 1,3% der Gesamtfläche des Landes ein!" (Bericht der Delegierten für Konjunkturfragen, 1972, S. 53). Diese örtliche Verschiebung wird die regionalen Entwicklungsunterschiede nur noch verstärken. Bisweilen fallen relative regionale "Unterentwicklung" und Krise eines Industriesektors zusammen (Jura - Uhrenindustrie).

Diese wirtschaftliche Konzentration auf gewissen Flächen - wobei man die Verzettelung der Betriebe nicht unterschätzen darf (siehe z.B. die Vielzahl der Unternehmen in der Region Baden) - bringt natürlich auf sozialer Ebene gewisse Brüche mit sich. Es ist kein Zufall, dass in einer ganzen Reihe "kleiner Städte", regionaler Hauptorte, Organisationen der "Neuen Linken" auftauchen. Ausserdem wird sich dieses Phänomen auf politischer Ebene in einer Aenderung der Beziehungen zwischen Bauern-Bürgertum und Arbeiterklasse ausdrücken. (cf. den Text "Die politische Lage und unsere Aufgaben")

2) Schon heute - und das wird mittelfristig noch deutlicher hervortreten - bringen die Konzentration und die Veränderungen im Produktionsprozess (Automation, Einführung automatischer Maschinen...) qualitative Aenderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse und das teilweise Aussterben des klassischen Facharbeiters mit sich.

In den grossen Produktionseinheiten der Maschinenindustrie und speziell in der Uhrenindustrie ist diese Entwicklung schon sichtbar. Dass im Metall- und Maschinensektor die Grossbetriebe das grösste Verhältnis an ausländischen Arbeitern aufweisen, zeigt auch die Tendenz auf, den modifizierten Produktionsverfahren entsprechend leichter bewegliche Arbeitskräfte als bisher einzusetzen.

Seit Anfang der 60er Jahre ist übrigens eine massenhafte Einstellung von zunehmend unqualifizierten Arbeitern zu beobachten, die eine Schnellausbildung von wenigen Monaten erhalten. (1960 kamen 45,5% der italienischen Arbeiter aus dem Süden, 1950 kamen noch 95,9% aus Nord-Italien; Hagmann, S. 56) Dies zeigt die Art von Arbeitskraft, welche die Betriebe im Rahmen der Neustrukturierung der Produktion benötigen. Es ist auch kein Zufall, dass die Neuerungen im Berufsausbildungssystem in Richtung einer zweijährigen Lehrzeit gehen, die eben diesen von der Produktion benötigten wenig qualifizierten Teil der Arbeitskräfte liefern soll.

Diese Veränderungen unterhöhlen eine der Grundlagen der Klassenkollaboration: den "Handwerkergeist", der noch vor 20 Jahren in weiten Teilen der Arbeiterklasse verbreitet war. Immer deutlicher wird diese Veränderung unter den Jungarbeitern und Lehrlingen. Diese für die ältesten Schichten der Schweizer Arbeiter charakteristischen Eigenschaften findet man unter den ausländischen Arbeitern natürlich nicht.

- 3) Mit der ökonomischen Zentralisierung wird auch die politische Zentralisierung nötig; dies wird auf lange Sicht die Grundlagen des Föderalismus und dessen Einrichtungen schwächen und insofern auch die Grundlagen des noch sehr starken illusionären Glaubens an die Demokratie untergraben, von dem die schweizerische Arbeiterklasse noch stark durchdrungen ist. Demgegenüber nährt bei den Immigranten die sehr konkrete Erfahrung mit dem Inhalt der schweizerischen Demokratie bestimmt keine parlamentaristische und demokratische Illusionen; angesichts ihrer sozialen und politischen Randstellung darf daraus aber nicht auf die unmittelbare und automatische Hinwendung zu "direkten Aktionen" oder zu Mobilisierungen ausserhalb der parlamentarischen Demokratie geschlossen werden!

Das Auftauchen der ökonomischen und sozialen Hauptprobleme auf politischer Ebene und die Notwendigkeit für die Gewerkschaften, auf dieser Ebene zu intervenieren, kann mittelfristig eine gewisse Politisierung der Arbeiterklasse nur begünstigen. Keimhaft ist dies schon in der Folge der von der Bourgeoisie ergriffenen Massnahmen des "Kampfs gegen die Inflation" sichtbar geworden.

In der heutigen Situation laufen objektiv alle Lohnbewegungen gegen die "Einkommenspolitik" welche die Bourgeoisie zu organisieren versucht (cf. Kommission Schürmann).

- 4) In Folge der Schwarzenbach-Initiative und wegen ihrer strukturellen Eingliederung in den Produktionsprozess begannen die ausländischen Arbeiter auf der politischen Bühne zu erscheinen. Dies bestätigte sich bei der Kampagne über die soziale Sicherheit wie auch bei den Vorbereitungen zum Kongress der Colonie Libero (wir gehen nicht auf die politische Zweischneidigkeit dieses Vorgangs ein; siehe dazu "Die politische Lage und unsere Aufgaben", Teil über die Politik der KPI-Schweiz). Diese Veränderungen und der Eintritt der ausländischen Arbeiter in die Gewerkschaften (nach Weisung der ausländischen KP's) oder zumindest die erhöhte Aufmerksamkeit der Organisationen der Immigration für die Gewerkschaftsprobleme, zwingen die Gewerkschaftsbürokratie zu einer gewissen Kursänderung, um eine Konfrontation zwischen der Masse der ausländischen Arbeitern und den Gewerkschaften zu vermeiden. Wer die Natur der Gewerkschaftsbürokratie erfasst hat, versteht, dass ein Teil derselben ein gewisses Echo unter der Immigration zu erlangen versucht; sie wird kaum das Risiko eingehen können, sich von einer sozialen Basis von mehr als einer halben Million ausländischer Arbeiter zu schneiden! Die Erklärungen von Canonica, dem jetzigen SGB-Präsidenten, müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden.

- 5) Ebenso stellte die in den Schichten der Jungarbeiter und Lehrlinge zu verzeichnende Radikalisierung die Gewerkschaftsleitungen vor die Notwendigkeit, in diesen Schichten wieder an Boden zu gewinnen. Dies bestätigen verschiedene gewerkschaftliche Erklärungen und die Vorgänge in mehreren Regionen. Es ist noch zu früh, den Erfolg solcher Operationen abzuschätzen; nichtsdestoweniger stellt uns dies objektiv vor die Notwendigkeit in der Arbeiter- und Lehrlingsjugend die Erklärungs- und Erziehungsarbeit über Gewerkschaftsprobleme zu entwickeln (GE, ZH, Zug...).

6) Im Bereich der öffentlichen Dienste war der beachtliche Rückgang der gewerkschaftlichen Kampfbereitschaft sicherlich auf den massiven Zuzug von schweizerischen Arbeitern aus den Agrargebieten in diesem Sektor zurückzuführen. Eine Veränderung beginnt sich jedoch abzuzeichnen. Die harten Arbeitsbedingungen (PTT, SBB, öffentlicher Verkehr), der Druck seitens der Privatindustrie zugunsten eines Lohnstopps im öffentlichen Sektor, die Widerstände der "Öffentlichen Hand" gegen eine Arbeitszeitverkürzung, die nicht gewährte Lohnerhöhung in den untersten Lohnkategorien verändern tendenziell die Lage in diesem Sektor und können eine Veränderung in den Beziehungen zwischen der Gewerkschaftsbasis und deren Führung sowie Differenzierungen innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen (SEV, PTT-Union) herbeiführen. Mittelfristig ist die Möglichkeit von Forderungsbewegungen in diesem Sektor nicht zu unterschätzen, was natürlich eine tiefgreifende Änderung des sozialpolitischen Klimas bedeuten würde.

7) In folgenden Sektoren, die bis jetzt kaum gewerkschaftlich organisiert waren, entstanden embryonale Forderungsbewegungen und Organe mit objektiv gewerkschaftlichen Funktionen: Lehrer, Spitalangestellte, Warenhausangestellte.

8) Die seit drei Jahren wachsende Inflation wird immer mehr zu einem bestimmenden Moment des sich verändernden sozialen Klimas. Der durch die Inflation bedingte Angriff auf die Kaufkraft trifft nicht nur alle Schichten der Lohnempfänger, sondern erschwert auch die traditionelle Gewerkschaftspolitik. Zum ersten Mal seit den 50er Jahren stehen die Verteidigung der Kaufkraft, die Reallohn erhöhungen und die "Unwirksamkeit" der Gesamtarbeitsverträge, die den Arbeitern für 5 Jahre die Hände binden, auf der Tagesordnung.

Die verschiedenen Aspekte der gewerkschaftlichen Vertragspolitik werden mehr und mehr unterhöhlt. Der schlagendste Beweis dafür wurde im Sektor der Uhrenindustrie geliefert.

9) Die Umstrukturierung des Produktionsapparates und die Verschärfung der Konkurrenz auf dem inneren Markt (angesichts der Öffnung zum Gemeinsamen Markt) wird in verschiedenen Sektoren (Papier, Schuhe, Klein- und Mittelbetriebe der Metall- und Uhrenindustrie) zu vermehrten Betriebsabschlüssen und zu Schliessungen gewisser Abteilungen in den Grossbetrieben führen. Erstmals seit zwei Jahrzehnten wird die Sicherheit des Arbeitsplatzes zu einem für ziemlich breite Arbeiterschichten spürbaren Problem werden. Für die Unternehmer wie auch für die Gewerkschaftsbürokratie war die Verbindung zwischen "Sicherheit des Arbeitsplatzes" und "Arbeitsfriede" eines der Lieblingsthemen. Die Infragestellung der Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Unmöglichkeit, die Interessen der Arbeiter in diesem Bereich zu verteidigen, solange man an der Politik des Arbeitsfriedens festhält, muss auch objektiv einen der Grundpfeiler des sozialen Friedens zum Wanken bringen.

10) Die Verschärfung der interimperialistischen Konkurrenz und die relative internationale Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft schränken den wirtschaftlichen Aktionsradius der Unternehmer ein. Die in den Jahren 65-71 getätigten Investitionen erfordern eine maximale Rentabilisierung. Darum hat die Unternehmerschaft ihre Positionen seit zwei Jahren merklich verhärtet. Um die Profitrate aufrecht-erhalten zu können, trachtet sie nach einer Verschärfung der Ausbeutungsrate und führt ihre Offensive auf drei Fronten:

- Veränderung der Lohnsysteme, Verallgemeinerung der "Arbeitsplatzbewertung" ("job evaluation", Funkt-Lohnsysteme) mit entsprechender Verschärfung der Ar-

beitsintensität.

- Keine Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung Ueberstunden in gewissen Sektoren, Einführung von Schichtarbeit usw. . .
- Infragestellung der Lohnanpassung, der Realloohnerhöhungen und der Weihnachtsgeldern usw. Zugleich wird mit einer Erhöhung der direkten und indirekten Steuern nachgedoppelt, was ein ziemlich harter Angriff auf die Kaufkraft darstellt.

Diese Elemente schaffen die objektiven Voraussetzungen für das Ausbrechen von Forderungsbewegungen auf Betriebsebene; was sich, wenn auch beschränkt und auf unterschiedlicher Ebene, in der Genfer Metallurgie, im Monteforno, bei Faillard, bei der BBC-MFO und in der Uhrenindustrie schon bestätigt hat. Dabei darf ein völlig neuer Faktor nicht unterschätzt werden: das aller erste Auftreten einer Arbeiteravantgarde in den Betrieben (Zürich, Genf) und die Arbeit der Avantgardeorganisationen vor den Betrieben; dies fördert nicht nur die Diskussion und das Auftauchen einer gewissen Kampf Bereitschaft in einer noch begrenzten Arbeiterschicht, sondern ermöglicht es auch einem Kampf einzeln grosses Echo zu verleihen.

11) Nach dieser langen Wachstumsperiode des schweizerischen Kapitalismus seit dem zweiten Weltkrieg und der Erhöhung der sozialen Bedürfnisse, die einem solchen Aufschwung der Produktivkräfte entspricht, heben das Ungenügen des Systems der sozialen Sicherheit (Alters- und Krankenversicherungen) sowie die Krise des Spitalwesens und die Wohnungsnot immer deutlicher hervor. Die Gewerkschaften haben sich auch in dieser Hinsicht als treue Diener der bürgerlichen Politik erwiesen. Eines der Hauptinteressen der Unternehmer besteht darin, die Kosten der Sozialausgaben in den Produktionskosten so tief wie möglich zu halten, dies umso mehr, als sie sich gegenüber den europäischen Konkurrenten in einer bevorzugten Lage befinden. Ausserdem führt die Lobby der privaten Versicherungsgesellschaften, welche in der Schweiz über ein ungewöhnliches Gewicht verfügen, systematische Angriffe gegen jeden Versuch, ein nationalisiertes Versicherungssystem zu schaffen.

Im Rahmen der aktuellen Verschörfung der Unternehmerpolitik ist ein gewisser "Zusammenstoss" auf dieser Ebene, d. h. der sozialen Gesamtprobleme, unvermeidlich. Dies kann vorerst in den Abstimmungen zum Ausdruck kommen, dann als er auch in einer gewissen Differenzierung innerhalb der Gewerkschaften, dies umso mehr, als ein Teil der Immigration zunehmend Träger der "Debatte" über diese Probleme wird (siehe die Stellungnahme der Organisationen der Immigranten anlässlich der Abstimmung über eine "wirkliche Volkspension").

12) Seit 1968 hat sich der europäische Kontext qualitativ verändert. Blieben bis heute die Auswirkungen des Aufschwungs der Kämpfe in Europa auf die Studenten, Schüler und Arbeiterjugend (Lehrlinge) beschränkt, so beginnt heute ihr Einfluss in gewissen Sektoren der Arbeiterklasse einzudringen. Ohne Zweifel hat der Aufschwung der Kämpfe in Spanien eine Radikalisierung in der spanischen Immigration und eine wachsende Sensibilisierung auf politischer Ebene bewirkt. Das entsprechende Phänomen war auch bei der italienischen Immigration zu beobachten. Was jedoch für die Veränderung der europäischen Lage und den Aus-

wirkungen auf die Situation in der Schweiz entscheidend bleibt, ist der Ausbruch von Kämpfen in Deutschland. Ein Aufschwung der Streikbewegung in Deutschland hätte unbestreitbar wichtige Folgen in der Schweiz, sowohl wegen der kulturellen Bande als auch wegen den Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsapparaten (nicht zufällig wurden übrigens die von der Gewerkschaft vorgebrachten Argumente zugunsten der Mitbestimmung genau der Argumentation der deutschen Gewerkschaften entnommen).

13) In diesem veränderten Kontext zeichnet sich eine Veränderung in der Politik der Gewerkschaftsführung ab (siehe Text "Die politische Lage und unsere Aufgaben", S. 36-42). Einerseits manifestiert sich eine Grundtendenz zu einer noch stärkeren Integration in den kapitalistischen Apparat (paritätische Kommissionen, Teilnahme an Verwaltungsräten, Arbeiteraktien, paritätische Verwaltung der Pensionskassen usw.); andererseits aber kann die Bürokratie die "Verhärtung" der Unternehmerschaft und die "Verhärtung" der Regierung im öffentlichen Sektor nicht ohne Antwort hinnehmen. Darum sieht sie sich gezwungen, eine gewisse Demagogie, eine gewisse (verbale) "Kursänderung" vorzunehmen, besonders bezüglich der Errungenschaften der Arbeiterbewegung. So ist es durchaus bezeichnend, dass zum 1. Mai das Thema der Sicherheit des Arbeitsplatzes ganze Seiten der Gewerkschaftspresse füllte. Forderungen dieser Art werden vorgebracht: "Widersetzen wir uns den Veränderungen, die nur dem Interesse der Kapitalisten und der Vermehrung der Profite dienen", "Fordern wir die Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte der Arbeiter im Falle der Arbeitsplatzbeschränkung aus strukturellen Gründen". (Le Cheminot). In der Erklärung des "SGB-Komitees" zum 1. Mai heisst es "Wir werden alle Versuche, die Lohnverbesserungen zu unterbinden, zunichtemachen", oder weiter: "Die Beschleunigung der Arbeitsrhythmen und des Lebens fordern erneute Arbeitszeitsverkürzungen".

Im Unterschied zur PdA, FOCH u. a. (einschliesslich heute der Gruppen der "extremen Linken") schenken wir diesen äusserst vagen Erklärungen keinen Glauben; sie alle bleiben im Rahmen engster Kollaboration mit der Unternehmerschaft und laufen alle auf der Frage der Mitbestimmung hinaus. Bis jetzt bleibt die Grundtendenz weiterhin auf eine beschleunigte Integration ins System gerichtet.

Wir sehen jedoch in diesen Erklärungen eine Beweis dafür, dass man die Gewerkschaftsbürokratie selbst die integrierteste, nicht als einheitlichen Block betrachten darf, der sich nur nach rechts bewegen kann, unfähig, die beschränktesten Wendung vollziehen, um sich die Kontrolle über die Arbeiterbasis zu sichern und der durch diese Unfähigkeit den revolutionären Organisationen somit ihre Basis bei Ausbruch von auf dem Serviertablett anbieten Kämpfen und Selbstmord begehon würde!!

Heute sieht sich die Gewerkschaftsbürokratie vor ein entscheidendes Problem gestellt. Sie glaubte lange Zeit, sie könne die Masse der ausländischen Arbeiter gewissermassen "übersehen", was heute nicht mehr der Fall ist. Ohne eine feste Verbindung mit diesem Teil der Arbeiterklasse - die im Reproduktionsapparat immer mehr an Gewicht gewinnt - würde sie tatsächlich vollständig von einem Grossteil ihrer sozialen Basis trennen. Daher zeigt sie sich bestrebt, ihre Beziehungen zu den Organisationen der Immigration (ATEES, CLI, KPI(Schweiz), wie übrigens auch mit der PdA) enger zu gestalten. Diese Politik ist übrigens eher die Angelegenheit eines Flügels der Gewerkschaftsbürokratie als die der gesamten Bürokratie. Die Erklärungen von Canonica sind der perfekte Ausdruck der Politik eines dieser

Flügel. Einerseits besteht er auf der Notwendigkeit einer engeren Mitarbeit der Gewerkschaften in den verschiedenen staatlichen Instanzen (dank "kompetenter Techniker"), andererseits gibt er einige demagogische Erklärungen ab über den "Arbeitsfrieden", die "Rechte der Basis", die "Rechte der Immigration"... Es ist noch nicht möglich, die genaue Dynamik dieser Entwicklung abzuschätzen, dies umso mehr, als der Druck seitens der Arbeiterklasse noch embryonär ist. Aber eines ist gewiss: Differenzierungen zwischen Basis und Spitze und sogar auf der Ebene der mittleren Schichten in der Bürokratie sind unvermeidlich, wenn es zu Kämpfen kommt. Dies macht es mehr denn je nötig, dass wir globale Antworten und eine alternative Perspektive gegenüber derjenigen geben, die eine Fraktion der Gewerkschaftsbürokratie, die Organisationen der Immigration sowie die PdA, FOCH usw. entwickeln.

Schliesslich bleiben die erheblichen Unterschiede hervorzuheben, welche zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden bestehen; ebenso gilt es die Homogenität hervorzuheben, welche sich unvermeidlich innerhalb der Prozesse manifestieren, die sich künftig in den Gewerkschaften entwickeln werden.

Wenn man auch den Möglichkeiten von Kursänderungen der Gewerkschaftsführungen Beachtung schenken muss, so soll man sie dennoch nicht überschätzen; dies könnte sonst leicht zu einer "Nachtrabpolitik" führen (was in der Praxis bei einer Reihe von Gruppen zu beobachten ist, welche noch kurzem ihre gewerkschaftsfeindlichen Prinzipien verkündeten; vgl. Vorbereitung der 1.-Mai-Kundgebungen 1973). Tatsächlich werden mit grosser Sicherheit die künftig ausbrechenden Kämpfe sich gegen die Gewerkschaften, gegen deren Führungen und ausserhalb der Gewerkschafter abspielen. Die Entwicklung dieser Kämpfe wird nur nach einer harten Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftsführungen möglich sein. Es ist eine Sache, eine "Wendung", eine Bewegung niederunter Kontrolle zu bringen, eine ganz andere Sache ist es, einen entstehenden Kampf zu unterstützen ! Das mag als Trivialität erscheinen, aber der unter der "extremen Linken" weitverbreitete politische Impressionismus macht die Repression von "historischen Banalitäten" notwendig !

Unsere Aufgabe besteht natürlich darin, jeglichen Kampf zu unterstützen, unser möglichstes zu tun, dass wirksame Instrumente geschaffen werden (gewählte Streikkomitees), "Unterstützungskomitees" zu bilden, die Forderungen zu verbreiten usw... Alles was den jetzigen Status quo brechen kann, wird die Entstehung zukünftiger Kämpfe nur begünstigen.

In dem Masse, wie die immigrierten Arbeiter unter Aufforderung ihrer Organisationen in die Gewerkschaften eingetreten sind (auf unterschiedlichem Niveau übrigens), wird ein Beginn von Kämpfen die Differenzierung innerhalb der Gewerkschaften nur noch verschärfen. Dies kann jedoch auch eine erhöhte gewerkschaftsfeindliche Haltung fördern (vor allem nach einem in erster Linie von den Gewerkschaften verschuldeten Misserfolg). Wir sehen hier erneut die Notwendigkeit die Grenzen der Politik der Gewerkschaftsbürokratie zu erklären, gegen die Illusionen zu kämpfen, welche durch die Positionen der KP's (KPI-Schweiz und PdA) unter den Arbeitern hervorrufen können und welche eine unfruchtbare gewerkschaftsfeindliche Haltung nur noch fördern können; wenn sich diese Illusionen

brutal verflüchtigen. Man darf sich jedoch nicht mit einer Verurteilung der gewerkschaftlichen Demagogie und der zweideutigen Haltung gewisser Organisationen begnügen; wir müssen im Gegenteil eine konkrete Alternative zu dieser Politik entwickeln.

IV. UNSERE AUFGABEN

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Textes auszuführen, welches unsere genauen Aufgaben gegenüber den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden - sowie gegenüber den "christlichen" Gewerkschaften - sein werden. Wir werden hier eher die Hauptlinien unserer Arbeit und die sich stellenden Probleme hervorheben; in der Meinung, dass weitere Diskussionen es uns ermöglichen sollen, in verschiedenen Gebieten weiterzukommen.

1) Die seit drei Jahren von unserer Organisation entwickelte Arbeit hat ihr - trotz all ihrer Schwächen - ein ziemlich grosses Echo verschafft; dies kommt sowohl in den Reaktionen der Gewerkschaftsbürokratie und in der bürgerlichen Presse, als auch in der Zahl unserer vor den Betrieben verkauften Zeitung zum Ausdruck, obwohl dies von Region zu Region noch unterschiedlich ist. Das "Gewicht" der Organisation macht heute eine Aenderung der in den Gewerkschaften und in den Betrieben zu leistenden Arbeit notwendig. Wir sind heute gezwungen, eine ganze Reihe von konkreten Antworten auf Probleme zu geben, vor denen die gesamte Arbeiterklasse steht.

Diese Anforderung ergibt sich auch aus der langsamen aber merklichen Veränderung der objektiven Lage: Verhärtung der Unternehmerpolitik, Angriff auf die Kaufkraft der Arbeiter, Infragestellung der Sicherheit des Arbeitsplatzes... Ausserdem verlangen die Politik der Organisationen der Immigration, der PdA und der verbale "Kurswechsel" eines Teils der Gewerkschaftsbürokratie nach Antworten unsererseits. Diese Antworten dürfen sich nicht mehr auf die Ebene einer minimalen "Agitations"-arbeit vor den Betrieben beschränken (Vorteilen von Flugblättern, welche die Unternehmeroffensive und die verräterische Haltung der Gewerkschaftsbürokraten verurteilen und einige Forderungen vorschlagen), sondern wir müssen Gesamtperspektiven anbieten sowohl bezüglich der Kampfmittel, der Gewerkschaftsarbeit als auch der Forderungen. Das bedeutet aber nicht, dass sich die gesamte Organisation auf die "Betriebsarbeit" stürzen soll - das haben wir schon zur Genüge im Text "Die politische Lage und unsere Aufgaben" betont; dies bedeutet vielmehr eine qualitative Aenderung in der bis anhin geleisteten Arbeit.

Diese qualitative Aenderung wird einerseits erreicht durch die Stärkung der nationalen Führungsorgane der Betriebsarbeit und andererseits durch die intensivere und spezifische Schulung der Arbeitergenossen oder Gewerkschaftsgenossen wie auch derjenigen Genossen, die in einer Betriebszelle tätig sind.

2) Es sollte klar sein, dass die Möglichkeit einer wirksamen Tendenzarbeit in den Gewerkschaften einerseits eine substanzielle Aenderung des Kräfteverhältnisses zwischen unserer Organisation (und andern Strömungen der Avantgarde) und den traditionellen Organisationen einschliesst. Diese Aenderung ist nur in dem Masse möglich als die Kämpfe ein gewisses Ausmass annehmen. Daher ist offensichtlich, dass sich für die nächsten Jahre unsere Arbeit auf sehr tiefer Stufe abspielen wird: Organisation kohärenter Oppositionen gegen die Politik der Gewerkschaftsbürokratie in gewissen Sektoren. Auch wenn sich dieses Kräfteverhältnis noch nicht eingestellt hat - es wird sich noch lange nicht einstellen, selbst unter günstigen Voraussetzungen nicht - so dürfen wir uns keinesfalls der Frage der Gewerkschaftsarbeit entziehen, aus dem Verständnis heraus, dass heute - speziell in gewissen Sektoren - die Gewerkschaftsarbeit eine notwendige Bedingung ist für den Ausbruch von Kämpfen und für den konkreten

Widerstand gegen die Hegemonie der Bürokraten in weiten Schichten der Arbeiterklasse.

Die Feststellung, dass von jetzt an die Gewerkschaftsarbeit objektiv notwendig ist, darf jedoch nicht in sich schliessen, dass wir die Arbeitergenossen und diejenigen Militanten, die eine Gewerkschaftsarbeit ausführen können (z.B. Lehrer), nun systematisch und ganz in die Gewerkschaftsarbeit investieren sollen. Der Einsatz und die Rhythmen dieses Einsatzes müssen aufgrund einer konkreten Analyse geschehen: der Analyse der objektiven Möglichkeiten zur Ausübung einer rentablen Arbeit, des schon erreichten Echos der Organisation (noch sehr unterschiedlich je nach Region), der Interventionskapazität der Organisation in den Betrieben oder dem Sektor (Lehrer, Spital), des politischen Niveaus und der politischen Integration der Mitglieder der Organisation, welche diese Arbeit übernehmen sollen.

- 3) Allgemein befinden wir uns vor einem Widerspruch, den wir nur schwer überwinden werden. Unser Echo z.B. in der Uhrenindustrie (nach der zentralen Kampagne über den Teuerungsausgleich und die Natur der Unternehmeroffensive, die wir in diesem Sektor geführt haben) stellt uns vor die dringende Aufgabe, in diesem Sektor eine Gewerkschaftsarbeit zu beginnen (im SMUV). Jedoch ist die primitive Akkumulation von Arbeitergenossen im Uhrensektor noch viel zu schwach, als dass wir an eine schnelle Entwicklung dieser Arbeit denken könnten. Daher bleibt die Priorität die Arbeit einer primitiven Akkumulation von Arbeiterkadern; *dass wir den Akzent eher auf die Gruppierung von Uhrenarbeitern setzen müssen als auf eine weitgehende Investierung in der Gewerkschaft (was die Arbeit der primitiven Akkumulation schwierig, unmöglich zu sagen unmöglich machen würde; das ist jedem klar, der das Funktionieren des SMUV kennt). Dennoch lehnen wir gewisse Operationen auf Gewerkschaftsebene nicht ab, aber wir können dieser Arbeit nicht abstrakt den Vorzug geben. Dasselbe Problem, wenn auch mit gewissen Unterschieden, stellt sich im Sektor der Typographenarbeit.

* das bedeutet,

Die Arbeit der primitiven Akkumulation macht die Entwicklung der Intervention in zwei Sektoren nötig: in der Immigration und im Lehrlingsmilieu. Ausserdem sollte klar sein, dass wir die Wichtigkeit einer politischen Arbeit nicht unterschätzen dürfen, um für die Organisation wertvolle Arbeiterkader zu gewinnen. In der Tat ist der Aufbau einer soliden Gewerkschaftsarbeit auf lange Sicht nur in dem Masse möglich, als Arbeitergenossen politisch gewonnen werden. In diesem Sinne müssen die Kontaktarbeit und die ersten Gruppierungen (Comités Brûcho-usines, Cercles "Lutte apprentie") als Mittel verstanden werden, Erwachsene und Jungarbeiter sowie Lehrlinge zum revolutionären Marxismus zu führen. In diesem Sinne ist die politische Arbeit in der Immigration eine wesentliche Aufgabe (in sehr beschränktem Rahmen waren die Erfahrungen von Délémont und von Yverdon interessant). Natürlich dürfen wir die Möglichkeit einer Gruppierung von Arbeitern in ad hoc-Strukturen nicht vernachlässigen, auch wenn sie sich nur vorübergehend anbieten, um Kämpfe zu initiieren versuchen (vergl. Beispiel von Biel, wenn auch beschränkt). Aber sogar hier darf die politische Rekrutierungsarbeit von einem oder zwei Arbeitern nicht geopfert werden, denn dies ist die einzige Garantie für die Entwicklung einer permanenten Arbeit auf der Höhe der objektiv sich stellenden Probleme. Ausserdem muss mit allen Mitteln dagegen gekämpft werden, solche Strukturen als Gewerkschaftersatz hinzustellen. Man muss angesichts der heutigen Lage auf ihrer Notwendigkeit bestehen, aber gleichzeitig die Wichtigkeit einer Kampforganisation hervorheben. Wenn die Situation dazu geeignet ist, soll auch mit den Mitgliedern dieser Gruppierungen eine Gewerkschaftsarbeit begonnen werden.

4) In der gegenwärtigen Phase ist die autonome Propagandaarbeit der Organisation von ausserordentlicher Wichtigkeit.

Gegenüber der Unternehmeroffensive und der Politik der Gewerkschaftsführungen ist eine systematische Propaganda über eine Reihe von Forderungen immer unentbehrlicher. Unsere Arbeit muss sich auf folgende Punkte konzentrieren.

- Erwidern auf den Angriff gegen die Kaufkraft muss die Forderung nach gleitender Lohnskala propagiert werden (konkrete diesbezügliche Erklärungen sind nötig, die wirklichen Dimensionen müssen erklärt werden, es ist zu zeigen, inwiefern der Charakter dieser Forderungen gegenüber der Politik der "Teuerungszulage" der Gewerkschaftsbürokratie eine Alternative darstellen und was sie dem Kampf um Reallohnerhöhungen bedeuten: ...).
- Die kürzlich von den Gewerkschaften, wenigstens in der westlichen Schweiz, angenommene Losung "Gegen den Lohnstopp" muss von uns konkretisiert werden, was dazu beitragen wird, die Demagogie der Gewerkschaften zu entlarven. Deshalb ist die Forderung: "einheitliche und massive Lohnerhöhungen für alle" eine der Hauptachsen unserer Propagandaarbeit in den Betrieben (auch hier ist das Warum und die Funktion usw., zu erklären).
- Die Forderung der "40-Stunden-Woche für alle, ohne Lohneinbusse und ohne Erhöhung der Arbeitsrhythmen": Hier ist, nebst den von uns diesbezüglichen gegebenen Erklärungsarbeit, die Tragweite dieser Forderung bezüglich der Politik der Gewerkschaftsbürokratie hervorzuheben.
- Die Forderung nach Sicherheit des Arbeitsplatzes (keine Entlassungen ohne vorherige Eingliederung zu den selben sozialen und Lohnbedingungen, 3 Monate Lohnersatz plus ein Monatsgehalt pro "Dienstjahr", Umzug und Umschulungskosten zu Lasten des Unternehmers usw.) In gewissen Fällen von Entlassungen können wir propagandistisch Forderungen aufstellen, die in Richtung der Arbeiterkontrolle tendieren: Öffnung der Bücher, Betriebsbesetzung...
- Die Frage des einheitlichen und verallgemeinerten Systems der sozialen Sicherheit. Die Vorbereitung einer globalen Alternative setzt eine lange Propagandaarbeit voraus; mittelfristig muss die gleiche Arbeit über die Frage der Einführung der Mehrwertsteuer an die Hand genommen werden.

Es ist hier nicht der Ort, ein Forderungsprogramm zu entwickeln, wir wollen nur die Wichtigkeit der Propagandaarbeit über diese zentralen Globalforderungen unterstreichen. Diese Arbeit muss sich auf der Ebene der Gewerkschaftsarbeit im Rahmen der durch die Vertragserneuerungen in der Uhren- und Metallindustrie abgesteckten Frist (Ende 74) konkretisieren. Aufgrund der bis dahin geführten Arbeit wird es vielleicht möglich sein, partiell eine (mehr oder weniger strukturierte) Opposition auf der Basis einer Alternativplattform aufzubauen. Unser Ziel muss gewissermassen darin bestehen, in grösserem Rahmen, besser vorbereitet und besser organisiert, die Art von Konfrontation mit der Gewerkschaftsbürokratie zu entwickeln, welche die Genossen im Jura innerhalb des SBHV ausgelöst haben. Diese Auseinandersetzung muss sich auch von Kämpfen im Betrieb aus entwickeln, die entweder von ad-hoc-Gruppierungen, von einer Reihe von Aktivisten oder von einem "Einheitskomitee" (vom Typ BBC-MFO usw.) ausgelöst werden... Diese exemplarischen Kämpfe sind natürlich wesentlich, um nach und nach die Hegemonie der Gewerkschaftsbürokratie zu brechen. Diese Vorbereitungsarbeit der Organisierung einer Opposition für die Periode der Vertragserneuerungen wird nur möglich sein, wenn sich die Arbeit der primitiven Akkumulation verstärkt hat,

ohne die wir Gefahr laufen, abstrakt und propagandistisch zu sein.

Diese Kampagnen über die verschiedenen obgenannten Forderungen und die Arbeit der Gruppierung von Arbeitern machen die Ausarbeitung von geeigneten Propaganda- und Erklärungsmaterial notwendig. Diesbezüglich leiden wir jedoch an einer schlimmen Schwäche: das Fehlen von einfachem Unterrichtsmaterial macht sich mehr und mehr bemerkbar. Die Ausarbeitung dieses Materials muss eine zentrale Aufgabe der nationalen Leitung der Betriebsarbeit werden. Ausserdem wird die Herausgabe von sektoren-spezifischen Blättern notwendig sein, welche dazu verhelfen sollen, die Lücke zwischen Flugblättern und "Bresche" auszufüllen.

- 5) Für unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit muss der Akzent auf die Notwendigkeit von Verteidigungs- und Kampfinstrumenten auf Betriebsebene gesetzt werden. Dabei bleibt die Frage der "Betriebskommissionen" das Schlüsselproblem... Wir müssen erklären, dass die aktuellen "Betriebskommissionen" von ihrer Funktion her unmöglich ein Verteidigungsinstrument der Arbeiter darstellen können, selbst wenn sie einige kämpferische Arbeiter umfassen. Daher muss jede Initiative voll unterstützt werden, die - wie bei BBC-MFG - in Richtung von "Einheitskomitees" geht; diese sind Ausdruck der Notwendigkeit für die Arbeiter, Verteidigungs- und Kampfinstrumente zu schaffen. Wir müssen darauf bestehen, dass nur derartige Komitees diese Instrumente liefern können, indem sie von der Gesamtheit der Arbeiter gewählt werden und nicht den "Arbeitsfriedens"-Konfrontationen verpflichtet sind. (Ein solches "Einheitskomitee" hat nichts mit den Pseudo-"Massenorganisationen" à la CUT oder CAS gemein...). In der Masse, wie die Gewerkschaften eine Verankerung in den Betrieben suchen, muss die Mitbeteiligung aller Arbeiter an den gewerkschaftlichen Entscheidungen im Betrieb gefordert werden. Wir müssen auf der Notwendigkeit der Gewerkschaftsdemokratie und auf der Gültigkeit aller gewerkschaftlicher Rechte (Wählbarkeit...) für die ausländischen Arbeiter bestehen; dies muss ein integrierender Bestandteil der Aufklärungs- und Propagandaarbeit zum Thema "gleiche Rechte auf allen Gebieten für die Arbeiter" sein.

Dies sind die Hauptachsen unserer "Gewerkschaftsarbeit; Präzisierungen über die zu entwickelnde Arbeit, selbst im lokalen Rahmen, in den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden (SBHV, VPCD, STB, SMUV) und eine genaue Bilanz der schon gemachten Erfahrungen müssen noch geleistet werden. Dies ist unabdingbar, um in der Elaborsationsarbeit und in der Präzisierung unserer Perspektiven voranzukommen.

April 73 / Duret

P.S. Auf die Einzelheiten der Erfahrungen der Typographen, der Arbeit im SBEIV oder der konjunkturellen (aber erfahrungsreichen) Lehrerarbeit in Genf einzugehen, würde zuviele spezifische Probleme aufwerfen; darum wurde in diesem Bericht nicht darauf eingegangen.